Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 158. Mittwoch, den 9. Juli 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Die neuen Steuern.

Vom Reichstagsabgeordneten Dr. A. Südekum.

V.

Wertzuwachssteuer und Erbschaftsbesteuerung.

Die Sozialdemokratie war die einzige Partei, die im Jahre 1911 geschlossen gegen das Wertzuwachssteuergesetz gestimmt hat. Nicht weil sie die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses am Grund und Boden zu gunsten der Allgemeinheit prinzipiell etwa abgelehnt hätte — sie steht im Gegenteil zu diesem Gedanken — sondern weil ihr die Einzelbestimmungen zur Verwirklichung des Prinzips nicht geeignet erschienen. Jetzt im Jahre 1913 war die Sozialdemokratie die einzige größere Partei, die geschlossen für die Beibehaltung der Wertzuwachssteuer votierte. Wie ist das zu erklären? Wir hätten gegen eine etwa im Herbst vorzunehmende gründliche Durchsicht des bestehenden Gesetzes und gegen eine Abstellung seiner unbezweifelten Schäden nichts einzuwenden gehabt. Aber der Anlaß, jetzt sozusagen im Handumdrehen die Wertzuwachssteuer abzuschaffen, ohne auch nur den Vergleich einer sachgemäßen Reform zu machen, ging so offensichtlich von einzelnen Gruppen einzelner Bodenspekulanten aus, daß dieser Umstand allein schon jeden Freund des Volkes stutzig machen mußte. Dazu kam weiter, daß der Vorstoß auch einen peinlichen Mangel an Offenheit vermissen läßt. Man tut so, als ob nur der Rechtsanteil an dem Aufkommen aus der Zuwachssteuer aufgehoben würde, die Besteuerung des Wertzuwachses in den Gemeinden aber ungefährdet bleibe. Das ist nicht wahr. Nachdem der Steuerbetrag zu ungunsten des Reiches auf die Hälfte der bisherigen Sätze herabgemindert, die Veranlagungs**bestimmungen**, damit also auch die Veranlagungs**kosten**, aber aufrecht erhalten worden sind, ist die Steuer in der bisherigen Form unhaltbar geworden. Das haben schließlich auch die Wortführer dieses „Umsturzes“ anerkannt, nachdem sie die staatsrechtliche bedenkliche Lösung durchgedrückt haben, wonach durch Landesgesetz oder durch ortsstatutarische Vorschriften eine andere als im bisherigen Reichsgesetz vorgesehene Regulierung der Besteuerung des Wertzuwachses getroffen werden kann. Damit wird die Entscheidung über die Sache in allen Fällen in die Hände derjenigen Kreise gelegt, die in den Gemeinden das Regiment führen. Das sind aber in weiten Gebieten des Reiches, namentlich in ganz Preußen, die Haus- und Grundbesitzer. Das heißt den Bock zum Gärtner machen, wenn man diese Herrschaften zur Entscheidung über Sein oder Nichtsein einer Wertzuwachssteuer beruft. Hätten wir ein freies Wahlrecht in allen Gemeinden, bestünde nicht noch das Hausbesitzerprivileg in den Gemeinden der meisten Staaten, dann würden wir uns unbedenklich für die Gemeindeautonomie auf diesem Steuergebiet aussprechen können, weil die Zuwachssteuer ihrer Natur nach recht eigentlich eine Gemeindesteuer ist. So wie die Dinge aber liegen, wäre die Aufrechterhaltung eines verbesserten Reichsgesetzes den jetzigen Beschlüssen der Parlamentsmehrheit, die ihr von der Bodenspekulation diktiert wurden, auf alle Fälle vorzuziehen gewesen.

Die Weggabe des Reichsanteils am Aufkommen aus der Zuwachssteuer — ein Millionengeschenk an die Bodenspekulanten — reißt natürlich ein Loch in die Reichskasse. Es ist nun höchst bemerkenswert, wie das ausgefüllt wurde. Es geschah nämlich durch eine uns im übrigen höchst sympathische Erhöhung der Besteuerung von Erbschaften für Abkömmlinge ersten und von 6 auf 8 %, von Geschwistern, und für entferntere Verwandte. Dadurch steigt der Normalsatz gegen die Quoten im Erbschaftssteuergesetz des Jahres 1906 für Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern von 4 auf 5 %, für Abkömmlinge zweiten Grades (Großneffen) von 6 auf 8 %, von Geschwistern, und für entfernere Verwandte, die bisher 10 % von der Erbschaft abgeben mußten, auf 12 %. Das alles wurde sozusagen im Handumdrehen erledigt, ohne daß jemand viel Wesens davon gemacht hätte. Nur die Konservativen grollten im dumpfen Aerger über ihre Isolierung und über die trotz allem drohende gründlichere Erbschaftsbesteuerung der Zukunft. Sie haben von ihrem Standpunkt aus ganz recht; denn was zeigt der Vorgang? Er zeigt, wie recht wir mit der Ansicht haben, daß jede direkte Steuer, einmal eingeführt, zum Ausbau ihrer ungenügenden Sätze geradezu reizt. Jetzt, wo wir nicht bloß das bißchen Erbschaftssteuer von 1906 haben, sondern auch Wehrbeitrag und die Steuer auf den Vermögenszuwachs eröffnen sich uns auf diesem Gebiete sehr weite Perspektiven.

Ueber Erbschaftssteuer und was damit zusammenhängt wird sich übrigens der Reichstag schon in diesem Herbst wieder unterhalten können, wenn das jetzt unerledigt gebliebene Gesetz über die Erweiterung des Erbrechts des Staats nochmals zur Verhandlung kommt. Die Aussichten, den betonten Grundgedanken dieses Entwurfs zu verwirklichen, sind nicht eben groß. Die Sozialdemokratie wird aber nichts unversucht lassen, sie nach Möglichkeit zu verbessern.

Politische Rundschau

Deutschland.

Ueber die Militärlieferungen

wird zu Beginn der neuen Reichstagssession eine Kommission Erhebungen anstellen und dann dem Reichstag Bericht erstatten. Die Kommission ist bekanntlich auf Beschluß des Reichstags eingesetzt worden, nachdem Gen. Liebknecht seine Enthüllungen über das Treiben der Firma Krupp gemacht hatte. Der „Türmer“ erinnert an gewisse Vorgänge bei den Militärlieferungen, die vielleicht dieser Kommission bei ihren Untersuchungen auch als schätzenswertes Material dienen können. Es wird da erzählt über den Kampf zwischen der Kanonenfirma Ehrhardt und der Firma Krupp, und der Redakteur des „Türmer“ schreibt dazu:

„Ich kenne diesen Kampf sehr genau, und ich begehe keine Indiskretion, wenn ich von dem gerechten Zorne spreche, der in Ehrhardt kochte, als ihm im Kriegsministerium achselzuckend bedeutet wurde, daß er gegen Krupp nichts vermöge. Weil der Kaiser mit der Familie Krupp befreundet war, protegierten die Behörden die Firma Krupp. Die Freundschaft des Kaisers war für diese Firma ein lukratives Geschäft, das aber den deutschen Steuerzahlern sehr kostspielig wurde.

Ehrhardt hatte die größten Verdienste um die Wehrhaftigkeit des Reiches sich erworben, als er gegen den jahrelangen Widerstand Krupps das Rohrrücklaufgeschütz konstruierte und zum Siege führte. Krupp aber sollte die Früchte ernten .... Das finanzielle und das militärische Interesse des Reiches machen es zur Pflicht der Minister, dafür zu sorgen, daß die Beziehungen des Kaisers zur Familie Krupp nicht einmal in das Licht kommen dürfen, daß sie auf die Geschäfte der Firma Krupp einen fördernden Einfluß haben.

Thyssens und Ehrhardts Klagen sind ein sehr dankbares Feld für den Reichstag, der es nicht zulassen darf, daß das Reich Monopole von Privaten züchtet auf Kosten des Volks und zum Schaden der Wehrhaftigkeit des Landes. Um welche Preisunterschiede es sich dabei handeln kann, zeigte sich besonders grell bei einer Munitionslieferung: Ehrhardt hat dem Reiche ein auch im Frieden in großen Mengen erforderliches Geschoß zu ungefähr einem Drittel des Preises geliefert, den vorher Krupp erhalten hatte.

Die Minister haben selbstverständlich die Pflicht, den Kaiser darüber aufzuklären, daß die Interessen des Reiches nicht nur gleiche Behandlung, sondern sogar die Begünstigung der Konkurrenz Krupps verlangen, damit das Monopol Krupps gebrochen wird.

Ich wiederhole auch den Ausdruck meiner Ansicht, daß es nicht geduldet werden darf, daß ein Admiral, der in Pension geht, Aufsichtsratsposten bei den Monopolfirmen annimmt, mit denen er jahrelang als Dezernent im Marineamt Geschäfte über riesige Summen für das Reich abgeschlossen hat.

Solche Vorgänge enthüllen einen Zustand, der sich aus dem Kontrast zwischen Beamtengehältern und Industrieprofiten „natürlich“ entwickelt, aber deshalb noch nicht unbesehen fortexistieren darf, weil er „natürlich“ ist. Im Jahre 1875 warf die „Kreuzzeitung“ dem Fürsten Bismarck vor, seine Beziehungen zu Bleichröder dürften mindestens indirekt schon an die vorministerielle Zeit des Fürsten anknüpfen, als derselbe, um mit spärlichem Gesandtengehalte und ohne eigenes Vermögen seinen Souverän repräsentieren zu können, allerdings guten Rat in finanziellen Dingen haben mußte. Als Bismarck darauf alle Leute öffentlich brandmarkte, die noch an der „Kreuzzeitung“ festhielten, trat ihm der preußische Adel beinahe geschlossen mit einer öffentlichen Erklärung gegenüber. Wo sind diese Herren jetzt, da zwischen Behörden und großen Erwerbsgesellschaften Fäden hin und her laufen, die einen hohen Offizier, der in Pension geht, aus dem Dezernat für Artillerie in vier Aufsichtsratssinekuren bei Gesellschaften leiten, mit denen er für das Reich Riesengeschäfte geschlossen hat? Ich behaupte nicht, daß das Reich billiger gekauft hätte, wenn der Dezernent des Marineamts nicht nachher Aufsichtsrat geworden wäre, — die Gesellschaften können sich ja den Offizier gerade deshalb geholt haben, weil er ihnen vorher als energischer Preisdrücker imponiert hatte; — aber ich behaupte, daß auch in diesem Falle solche Verbindungen ausgemerzt werden müssen, und daß sie weit mehr Anlaß zum Unbehagen geben, als Bismarcks Verbindung mit Bleichröder.“

Ausführungsbestimmungen zu den neuen Finanzgesetzen

werden vom Reichsschatzamt ausgearbeitet. Die Arbeit ist in vollem Gange. Die Vorlagen sollen dem Bundesrat im Herbst zugehen.

Die „Post“ und der Waldenburger Meineidsprozeß.

Mit auffälligem Eifer sucht die „Post“ den Waldenburger Meineidsprozeß für ihre unsauberen Zwecke zu fruktifizieren. Wenn man die Fäden kennt, die zwischen der „Post“ und Waldenburg laufen, nimmt das weiter nicht wunder. Die „Post“ brachte gleich nach der Urteilsfällung, als die übrige Presse kaum das Urteil hatte, einen von niederträchtiger Verlogenheit strotzenden Artikel, der in jeder Zeile die Absicht verriet, die Affäre zu einer umfassenden Verleumdung der Sozialdemokratie aufzuputschen. Um diesen Eifer der „Post“ zu verstehen, muß man sich folgendes vergegenwärtigen: Die „Post“ steht unter dem Einfluß des Freiherrn Octavio v. Zedlitz und Neukirch. Zedlitz ist preußischer Landtagsabgeordneter und sein Wahlkreis ist Waldenburg. Dort existiert auch ein freikonservatives Blatt, das „Neue Tageblatt“. Und der Chefredakteur dieses freikonservativen Blattes, ein Herr Lippold, ist derjenige, der den Kronzeugen Köhler gegen das Versprechen, ihm in seinem Betriebe eine Stellung zu verschaffen, veranlaßt hat, die Denunziation bei der Staatsanwaltschaft einzureichen. Und dieser freikonservative Chefredakteur ging noch weiter, er nahm sogar der Staatsanwaltschaft die Arbeit der Voruntersuchung insofern ab, als er selbst Zeugen vernahm, neue Zeugen aufstöberte, den Köhler wiederholt protokollarisch verhörte und das Ergebnis dieser seiner privatpolizeilichen Tätigkeit dann der Staatsanwaltschaft zu den Akten einreichte. Der Waldenburger Meineidsprozeß ist also im wesentlichen das Werk eines freikonservativen Redakteurs, dessen Beziehungen zur „Post“ vermutlich nicht weniger intim sind, als die Beziehungen des Waldenburger Abg. Freiherrn von Zedlitz zu diesem Scharfmacherorgan. Daher der Eifer der „Post“. Und daher dieselbe Methode in der Ausschlachtung des Waldenburger Prozesses, die man bei dem Denunziantenwerk des Kronzeugen Köhler kennen lernte.

In ihrer Nummer vom 8. Juli behandelt die „Post“ die Beurteilung des Waldenburger Meineidsprozesses durch die sozialdemokratische Presse. Das gibt ihr Gelegenheit, den von der übrigen bürgerlichen Presse anerkennenswerterweise nicht beachteten Schwindel aufzuwärmen, der sie vermutlich aus einer Waldenburger Quelle am Tage nach der Urteilsfällung verzapfte. Die „Post“ behauptet, daß dem Kronzeugen Köhler vor Gericht ein vorzügliches Leumundszeugnis ausgestellt worden sei, während er von der sozialdemokratischen Presse als notorischer Säufer, Wirtshausspektakler und Schürzenjäger hingestellt werde. Die Zeugenvernehmung ergab, daß der Köhler Gewohnheitstrinker ist und daß er in verschiedenen Wirtschaften sich rühmte, es seien ihm 1500 Mk. geboten worden, wenn er die ganze Bande der „Bergwacht“ meineidig mache. Eine Zeugin Goldbach sagte aus, Köhler habe wiederholt versucht, sie zur Duldung des Geschlechtsverkehrs zu bestimmen, einmal sei es auch zum Geschlechtsverkehr gekommen. Das war in der Zeit, als sie Arbeiterin in der „Bergwacht“ und Köhler Expedient der „Bergwacht“ gewesen sei. Diese Zeugenaussagen charakterisieren den vom freikonservativen Chefredakteur Lippold angestellten Kronzeugen zur Genüge und wir gönnen der „Post“ gerne einen solchen Schützling. Es ist natürlich auch eine perfide Lüge der „Post“, wenn sie behauptet, die Verurteilten hätten Meineide im Parteiinteresse geleistet. Für jeden, der den Druckereibetrieb kennt, ist die Frage überhaupt noch sehr zweifelhaft, ob man von Meineid reden kann. Bei glattem Satz, wie er im Zeitungssatz, in Flugblättern usw. zur Verwendung kommt, ist es gar nichts Seltenes, daß der einzelne Setzer, der ein kleines Stück des Manuskripts, häufig nur wenige Zeilen erhält, nicht die geringste Ahnung davon hat, was er eigentlich setzt; denn die wenigen Zeilen, selbst wenn er sie im Zusammenhang lesen würde, gestatten ihm keinen Überblick über das Ganze. Außerdem hätte jeder Schriftsetzer dem Gericht sagen können, daß bei der Hast der Arbeit Wort um Wort vom Manuskript abgesetzt wird. Der Setzer hat nicht die Zeit und auch gar keine Veranlassung dazu, sich erst Gedanken über den Inhalt des Manuskriptes zu machen oder gar zu versuchen, die Zusammenhänge zu erraten zwischen den einzelnen Stücken des vielleicht über den ganzen Setzersaal verteilten Gesamtmanuskripts. So steht schon die Frage des Meineides an und für sich auf schwachen Füßen. Mit dem Parteiinteresse hat aber nun die ganze Affäre erst recht nichts zu tun. Es fehlt jeder vernünftige

Grund, in einem Bagatellprozeß einen falschen Eid zu leisten, der dort ohne Bedeutung ist und auf der anderen Seite die schwere Gefahr langer Zuchthausstrafen mit sich bringt. Auf die „Post“ werden solche Erwägungen freilich keinerlei Eindruck machen, ihr handelt es sich darum, einen politischen Gegner zu verleumden und herunterzureißen und dazu war der „Post“ von jeher jedes Mittel recht. In diesem Fall kommt noch hinzu, daß der eigene Parteifreund als Fabrikant der Denunziation engagiert ist, weshalb sie sich verpflichtet hält, noch um einige Grad gemeiner als sonst zu sein.

Die Fernsprechgebührenordnung wird nicht geändert.

Eine den Geschäftsleuten nicht unangenehme Mitteilung bringt die „Berl. Volksztg.“. Danach soll Staatssekretär des Reichspostamts Krätke geäußert haben, solange er auf seinem Posten sei, werde die Fernsprechgebührenordnung nicht geändert. — Dem Reichspostmeister scheinen im Hinblick auf die Absage, die ihm und seiner neuen Fernsprechgebührenordnung der vorige Reichstag gab, die Trauben zu hoch zu hängen.

Zentrum, Regierung und Wehrvorlage.

Die „Kölner Korrespondenz“ kündigt in ihrer neuesten Nummer an, daß das katholische Volk dem Zentrum bei künftigen Wahlen noch weit mehr als bisher seine Grundsatzlosigkeit und sein Rennen nach der Gunst der Regierung heimzahlen werde. Zunächst erinnert die „Kölner Korrespondenz“ daran, wie sie, als die ersten Anzeichen der Wehrvorlage in der Presse erschienen, im voraus die Komödie geschildert hat, die das Zentrum dieser Vorlage gegenüber aufführen werde, und die es nunmehr zu Ende gespielt habe: „Zuerst Entrüstung, dann Ablehnung der Vorlage, weil sie überflüssig sei, dann bedingte Annahme, schließlich glatte Bewilligung!“ In der Septennatszeit, so schreibt die „Kölner Korrespondenz“ weiter, als Windthorst noch lebte, mußte der Papst die Zentrumsfraktion bewegen, gegen ihren Willen durch Stimmenthaltung die Regierungsvorlage zu sichern. Seither aber habe das Zentrum unter Kölner Regie für die Bedürfnisse der deutschen Wehrkraft zu Wasser und zu Lande „ein wachsendes Verständnis gezeigt“. Schon die große Militärvorlage unter Caprivi würde ohne den Widerstand der süddeutschen Zentrumselemente gleich im ersten Anlauf bewilligt worden sein; da aber die Süddeutschen mit bajuvarischer Derbheit einen offenen Krach in sichere Aussicht stellten, hätten die Oberregisseure der „braven Wählerschaft klar gemacht, daß die Begründung der Vorlage mit der Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten hin eitel Bangemacherei“ sei. Wenn auch die süddeutschen Eigenbrödler noch nicht alle geworden seien, so könnten sich die „Köln-Gladbacher“ auf die mittlerweile total verkölnischten Unterführer verlassen, und „darum wird bewilligt, und die Regierung kann sich von der Befähigung des Zentrums zum Regieren immer mehr überzeugen.“ Regieren heiße lavieren, und wer lavieren wolle, dürfe in seiner Bewegungsfreiheit durch Prinzipien nicht behindert werden. Prinzipien aber kenne das Kölner Zentrum nicht, keine religiösen und keine wirtschaftlichen, „denn es ist die Partei aller wirtschaftlichen Interessen, die alle miteinander nach dem Rezept des Interessenausgleiches vertreten werden sollen, also eine Limonadenpartei, wie die Regierung sie gerad braucht.“ Wenn diese Prinzipienlosigkeit der gegenwärtig maßgebenden Zentrumskreise dem katholischen Volke zum Bewußtsein komme, dann sei das Ende des Zentrums nahe. Ein großer Teil der deutschen Katholiken stimme nicht etwa für das Zentrum, weil es vor zwei Jahren eine halbe Milliarde neuen Steuern und jetzt die Wehrvorlage mit einer ganzen Milliarde bewilligte, auch nicht wegen der Phrase vom Interessenausgleich und nicht wegen der anderen Phrase von der gemeinsamen christlichen Weltanschauung, sondern das Volk halte das Zentrum immer noch für die Partei der katholischen Weltanschauung, die es aber nach der Erklärung des Dr. Porsch und der anderen Bachemiten nicht sei. Wenn nach der Ansicht dieser Herren das Zentrum nicht nach katholischer Elle messe, das katholische Volk aber messe danach und werde die Zentrumskandidaten und die ganze Partei danach messen. In Köln, Düsseldorf und anderen Plätzen hätten bei den letzten Reichstagswahlen „ganze Gruppen katholischer Handwerker und Gewerbetreibender, die bisher entschiedene Zentrumsanhänger waren, nicht mehr fürs Zentrum gestimmt, weil sie sich sagten: Das Zentrum will mit unserer religiösen Ueberzeugung nichts zu tun haben, und unsere wirtschaftlichen Interessen werden ebensogut oder noch besser durch andere Parteien vertreten.“ Der Artikel der „Kölner Korrespondenz“ schließt:

„Wenn wir dasselbe Schauspiel bei den künftigen Wahlen erleben, dann wird daran ein gewisses Streben schuld sein, welches bei vollkommener Grundsatzlosigkeit nichts anderes sucht als die Gunst der Regierung, bei jeder Wehr- oder Steuervorlage aber den Wählern eine Entrüstungskomödie vorgaukelt.“

Die Kennzeichnung, die hier dem in der Tat völlig grundsatz- und gewissenlosen Zentrum widerfährt, trifft fast in allen Einzelheiten so sehr ins Schwarze, daß man hinter dem Artikelschreiber einen der intimsten Kenner der zentrümlichen Gaunerpolitik, einen Mann vermuten muß, der lange Jahre mit dabei gewesen ist, wenn die Zentrumsführer das getäuschte Volk immer wieder an die Junkerregierung verkauft haben. Der Artikel könnte zum Verfasser den von den Bachemiten hinausgeekelten ehrlichen Roeren haben.

Die Reichstagswahlen von 1912 nach Ortsgrößen-Klassen.

Der 250. Band der Statistik des Deutschen Reichs enthält in mehreren Heften die vom Statistischen Amt des Reiches bearbeiteten Reichstagswahlen von 1912. Im ersten Heft werden tabellarisch die Wahlen von 1907 und 1912 nach den einzelnen Wahlkreisen und nach Staaten und Landesteilen dargelegt. Das zweite Heft bringt die bei der Reichstagswahl 1912 abgegebenen Stimmen und das Verzeichnis der Abgeordneten, die Bestandteile der Wahlkreise und ihre Bevölkerung, sowie eine schematische Karte der Wahlkreise. In dem soeben erschienenen dritten Heft werden die Reichstagswahlen von 1912 nach Ortsgrößenklassen wiedergegeben. Das 125 Seiten in Quartformat starke Heft nebst mehreren Karten kostet ebenso wie die beiden ersten Hefte je 1 Mk. (zu beziehen von der Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft, Puttkamer u. Mühlbrecht, Berlin.)

Nach dieser Statistik hatten bei der Reichstagswahl 1912:

	Das Reich		Die Ortschaften mit weniger als 2000 Einwohn.		Die Ortschaften mit 2000 bis unter 10000 Einwohnern		Die Ortschaften mit mindestens 10000 Einwohn. und darüber	
	überhaupt	%	überhaupt	%	überhaupt	%	überhaupt	%
Bevölkerung	64 925 993		26 872 183		12 273 206		26 770 059	
Wahlberechtigte	14 442 387		5 731 070		2 672 426		6 038 891	
Wahlbeteiligung	12 260 731	84,9	4 866 422	84,9	2 247 044	84,1	5 147 265	85,2
Abgegebene gültige Stimmen	12 207 682		4 845 438		2 237 361		5 124 833	
Sozialdemokraten	4 250 399	34,8	920 505	19,0	802 172	35,8	2 527 722	49,3
Zentrum	1 996 848	16,4	994 778	20,5	442 794	19,8	559 276	10,9
Nationalliberale	1 682 670	13,6	622 008	12,8	335 425	15,0	705 237	13,8
Fortschrittliche Volkspartei	1 497 041	12,3	427 739	8,8	269 968	12,1	799 334	15,6
Deutsch-Konservative	1 126 270	9,2	845 760	17,5	127 617	5,7	152 893	3,0
Reichspartei	367 156	3,0	223 600	4,6	58 507	2,6	85 040	1,7
Polen	441 744	3,6	280 075	5,8	70 895	3,2	90 774	1,8
Wirtschaftliche Vereinigung	304 557	2,5	196 032	4,1	50 179	2,2	58 346	1,1
Deutsche Reformpartei	51 898	0,4	29 790	0,6	10 429	0,5	11 676	0,2
Andere Parteien	387 359	3,2	267 752	5,5	53 043	2,4	66 564	1,3
Unbestimmt	112 198	0,9	32 706	0,7	14 095	0,6	65 397	1,3
Zersplittert	9 492	0,1	4 693	0,1	2 237	0,1	2 562	0,0

Italien.

Ein Keil treibt den anderen. Im neuen Budget sind für die Vermehrung der Flotte 145 Millionen vorgesehen. Das ist auch eine Folge der wahnsinnigen Rüstungspolitik Deutschlands.

Rußland.

Die Duma ebenso fügsam wie der Reichstag. Die Duma nahm in geschlossener Sitzung die Vorlagen auf Erweiterung verschiedener Kredite für die Heeresverwaltung an, sowie die Kredite für Materialergänzung der Fliegerabteilungen, des Eisenbahngüterverkehrs in Kriegszeiten, der Bildung der neuen Funkenstationen, der Etatsverstärkung bestehender sowie in Bildung begriffener Ingenieurdepots, sowie für den Bau strategischer Straßen im südlichen Kaukasus bei Igdyre, Karakala und dem Tschinglipaß.

Balkan.

Menschenopfer unerhört! Der Bruderkrieg hat bereits große Dimensionen angenommen. Nach serbischen Mitteilungen sind bei den bisherigen Kämpfen auf serbischer Seite **16 000 bis 18 000 Soldaten gefallen!** Wie viel Elend hat dieser Bruderkrieg schon gezeitigt. Und noch ist kein Ende abzusehen. Die Großmächte hüllen sich in Schweigen, statt hier vermittelnd einzugreifen. Rußland will zwar dem Kampfe Einhalt tun, aber erst dann, wenn einer der kämpfenden Parteien zerschmettert am Boden liegt. Das ist moderne Diplomatie!

Die russische Schwarze-Meer-Flotte liegt bei Sewastopol unter Dampf, bereit, jeden Augenblick abzudampfen. Sie wird wohl in der Hauptsache dazu bestimmt sein, Rumänien in Schach zu halten.

Die Bulgaren gehen jetzt offensiv gegen die Serben und defensiv gegen die Griechen vor. Bei Kotschana haben die Bulgaren nach einem äußerst verlustreichen Kampfe einen Sieg über die Serben errungen. Die diesbezügliche Meldung besagt: Die 7. bulgarische Division, unterstützt von der 12., griff das serbische Zentrum bei Kotschana an und warf die hier stehenden serbischen Truppen zurück. Die Serben gingen bis auf die Höhen westlich von Sletowka zurück. Der Kampf war äußerst verlustreich. Die nördlich von Uesküb an der Breganitza stehenden serbischen Kräfte der Morawa-Division und die Drina-Division des ersten Aufgebotes wurden durch das Zurückgehen der Nachbardivision in Mitleidenschaft gezogen. Die westliche Gefechtlinie südwestlich von Kotschana wird sich kaum lange halten können, da die bis auf die Höhen nahe Kotschana vorgedrungenen bulgarischen Truppen diesen Teil flankierend beschießen.

Amerika.

Glückliches Land! In der Kammer der südamerikanischen Republik Chile erklärte der Finanzminister, daß die Regierung weder neues Papiergeld ausgeben, noch einen dritten Dreadnought bestellen werde, damit das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben durch Ersparnisse aufrechterhalten werde. Die Guthaben in Europa genügten allen bevorstehenden Zahlungen. Das ist ein Finanzminister, wie auch wir ihn brauchten! Und dabei hat er nicht etwa eines armen Landes Finanzen zu verwalten. Er konnte weiter erklären, daß umfangreiche Salpeterlager im Norden des Landes festgestellt worden sind. Sie nehmen eine Fläche von 5811 Quadratkilometer ein und dürften 5 408 204 000 Zentner Salpeter enthalten, dessen Gehalt mehr als 15 Prozent betrage.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 9. Juli.

An die Parteigenossen von Mecklenburg und Lübeck!

Die Verschmelzung der beiden Agitationsbezirke Mecklenburg und Lübeck soll am 1. April 1914 erfolgen. Die Vorstände beider Bezirke stellen hiermit den Entwurf eines Statuts zur Diskussion, der in einer Sitzung der Vorstände am 6. Juli in Schwerin einstimmig zur Annahme gelangte.

§ 1. Die sozialdemokratischen Vereine der sieben mecklenburgischen Wahlkreise und des Wahlkreises Lübeck bilden unter dem Namen: „Sozialdemokratischer Bezirksverband für beide Mecklenburg und Lübeck“ eine Bezirksorganisation mit dem Sitz in Rostck.

§ 2. Die Aufgabe der Bezirksorganisation besteht darin, die Verbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze durch Wort und Schrift zu fördern.

§ 3. Alle sozialdemokratischen Organisationen Mecklenburgs und Lübecks müssen der Bezirksorganisation angehören, jedoch bleibt die Selbständigkeit der Kreisvereine in ihren eigenen Angelegenheiten unberührt.

§ 4. Aufgabe der Kreisvorstände ist es, die Agitation für die Partei innerhalb des Wahlkreises zu treiben. Es obliegt ihnen insbesondere die Veranstaltung von Versammlungen, Gründung von Ortsvereinen, Vermittlung von Rednern, die planmäßige Verteilung von Flugschriften und dergleichen und die Ueberwachung der ordnungsmäßigen Geschäftsführung in den Ortsvereinen ihres Wahlkreises.

Der Vorstand des Kreisvereins soll die Ortsvereine nach Kräften unterstützen und sein Augenmerk insbesondere auf solche Orte richten, in welchen noch kein sozialdemokratischer Verein besteht. Pflicht des Bezirksvorstandes ist es, den Orts- und Kreisvereinen in ihrer Tätigkeit beratend und fördernd zur Seite zu stehen.

§ 5. Die Vorstände der Kreisorganisationen haben innerhalb vier Wochen nach Schluß eines jeden Quartals einen Bericht und eine Abrechnung an den Bezirksvorstand einzusenden, zu denen die vom Bezirksvorstand herausgegebenen Formulare zu benutzen sind.

§ 6. Die Ausgaben der gesamten Bezirksorgnisationen sollen möglichst aus eigenen Mitteln bestritten werden; die Kreis- sowie Ortsvereine haben sich zu bemühen, ihre lokalen Ausgaben ebenfalls aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

Jede finanzielle Inanspruchnahme des Parteivorstandes, zu welchem Zwecke es auch sei, bedarf der Zustimmung des Bezirksvorstandes.

§ 7. Die Aufstellung der Kandidaten zur Reichs- und Landtagswahl, sowie zur Lübecker Bürgerschaft erfolgt — mit Zustimmung des Bezirksvorstandes — durch die Kreisorganisation. Die Aufstellung der städtischen und ländlichen Gemeindevertreter bleibt den Ortsvereinen überlassen.

§ 8. Der Bezirksvorstand besteht aus 11 Personen und setzt sich zusammen: aus dem mecklenburgischen Landessekretär, dem Vorsitzenden des Vororts und einem Mitgliede des Ortsvereins Rostock; diese bilden den engeren Vorstand. Ferner aus den Kreisvorsitzenden der übrigen sechs mecklenburgischen Wahlkreise und dem Vorsitzenden und Sekretär des Wahlkreises Lübeck.

§ 9. Der Bezirksvorstand ist dem alljährlich stattfindenden Bezirksparteitag verantwortlich.

Dieser ist vom Bezirksvorstand einzuberufen und mindestens 6 Wochen vorher mit Angabe der vorläufigen Tagesordnung in den im Bezirk erscheinenden Parteiblättern bekannt zu geben.

§ 10. Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Kreise und dem Bezirksvorstand.

Kreise bis zu 1000 Mitgliedern wählen 6, und auf jede weitere 2000 Mitglieder 1 weiteren Delegierten. Außerdem haben zu den Bezirksparteitagen die Geschäftsführer und Vertreter der Redaktionen der im Bezirk erscheinenden Parteiblätter, sowie die Abgeordneten und Kandidaten der Kreise beratende Stimme.

Anträge für den Parteitag sind schriftlich beim Bezirksvorstand einzureichen, der sie spätestens 14 Tage vor dem Parteitag in der Parteipresse des Bezirks zu veröffentlichen hat.

Die Kosten der Delegation trägt jeder Kreis selbst.

§ 11. Jeder Bezirksparteitag bestimmt den Ort, wo der nächste Parteitag abgehalten werden soll.

§ 12. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist Sache der einzelnen Kreise, jedoch muß der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder 10 Pfg. pro Woche und für weibliche Mitglieder 15 Pfg. pro Monat betragen.

§ 13. Die Beiträge der Kreise an die Bezirkskasse betragen zwei Prozent. Die mecklenburgischen Wahlkreise haben außerdem für die Betreibung der Landespolitik acht Prozent abzuführen. Die mecklenburgischen Wahlkreise und auch der Wahlkreis Lübeck betreiben ihre Landespolitik selbständig.

§ 14. Zur Prüfung der Kasse des Bezirksvorstandes wählt der Bezirksvorstand aus der Reihe der Beisitzer zwei Revisoren, die mindestens einmal im Quartal eine Revision vorzunehmen haben.

§ 15. Alle Beschlüsse auf dem Bezirksparteitag werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt.

Änderungen der Satzungen können nur auf den Bezirksparteitagen vorgenommen werden.

§ 16. Publikationsorgane der Bezirksorganisation sind die „Mecklenburgische Volkszeitung“ und der „Lübecker Volksbote“.

§ 17. Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis zum 31. März.

Der Bezirksverband Mecklenburg-Lübeck und vorstehendes Statut treten nach Zustimmung des Mecklenburgischen Parteitages und einer Generalversammlung der Lübecker Wahlkreisorganisation am 1. April 1914 in Kraft.

Die mühelosen Existenzen.

Glänzende Existenz, ohne Branchekenntnisse, auch für Nichtkaufleute, 10 000 Mk. pro Jahr Verdienst mit nur 1000 Mark Kapital — wer kennt nicht diese Schlagworte aus den Inseraten, mit denen eine gewisse Sorte von Kaufleuten auf den Fang ausgeht!

Der Existenzkampf und die Sucht des Menschen, möglichst mühelos und rasch zu Vermögen zu kommen, hat spekulative Köpfe auf den Gedanken gebracht, die Gründung von Existenzen zu einem lukrativen Erwerbszweig zu machen.

In Inseraten werden Stellungen als Generalvertreter, Bezirksdirektor, Filialleiter usw. angeboten. Auf eine Anfrage erhält der Existenzsuchende mehrere äußerst geschickt abgefaßte Prospekte und wird eingeladen, den Lizenzverkäufer im Hotel aufzusuchen. Die Art und Weise, wie diese Geschäfte abgeschlossen werden, ist verschieden. Eine beliebte Art ist es, dem „Generalvertreter“ gegen eine von ihm zu zahlende Lizenzgebühr den Alleinvertrieb eines Artikels in einem bestimmten Bezirk zu übertragen. Da auf diese Proposition aber doch nicht mehr so viele Leute hineinfallen, versucht man nun, den Neuling zum Ankauf eines Lagers für mehrere hundert oder tausend Mark zu veranlassen.

In 99 Prozent dieser Fälle handelt es sich um Schwindelartikel, Eintagsfliegen und Neuheiten, die schon lange keine Neuheiten mehr sind. — Um aus all den Erfindungen, die jahraus, jahrein zum Patent und zum Musterschutz angemeldet werden, einen wirklich zugkräftigen Artikel herauszufinden, bedarf es einer großen Praxis in der Markenartikelbranche, über die nicht einmal alle Kaufleute verfügen. — Jeder Mensch weiß, wie schwer es heute einem gutfundierten reellen Unternehmen wird, sich mit einem soliden Artikel durchzusetzen; wie soll dann erst ein Neuling mit einer ausgepeitschten Sache Erfolg haben? Aber darum ist es dem Lizenzverkäufer bezw. seiner Firma gar nicht zu tun. Ob das Opfer kaufmännischer Freibeuterei wirklich eine Existenz findet oder das „Lager", um nur einige Groschen zu retten, an ein Warenhaus verschleudern muß und wirtschaftlich zugrunde gerichtet ist, das ist diesen Bauernfängern ganz gleich. Man bedenke nur, daß reisende Lizenzverkäufer 40—50 Prozent der Lizenzgebühr an Provision erhalten! — Die Anzahl der auf diese Art in Vertrieb kommenden Artikel ist enorm. Da gibt es eine Menge von kosmetischen Mitteln, chemischen Präparaten aller Art, z. B. die in letzter Zeit stark angebotenen Solensparmittel und Pneumatikdichtungen, Seifenspender, Türschloßsicherungen, Alarmglocken, Desinfektionsflüssigkeiten und Zerstäuber, Vervielfältigungsapparate, Tintenlöschwiegen, Fleckenreinigungspulver, Haarnadeln, Bouillonwürfel, Glühstrümpfe (per Dutzend erhält der Käufer eine gutgehende Remontoiruhr gratis!), Reklametafeln und Trockenfeuerlöscher. Ein solcher Trockenfeuerlöschapparat — um beim letzten zur bleiben — besteht aus einem Blech- oder Pappgefäß, das mit einer Mischung von doppelkohlensaurem Natron und irgendeiner Erde, zumeist Eisenocker, gefüllt ist. Die feuerdämpfende Wirkung des doppelkohlensauren Natrons ist bekannt. Daß solche „Löschmittel" nicht patentfähig sind, liegt auf der Hand. — Eine Zeitlang wurde auch einmal dieses „Geheimnis" durch Annoncen zum Kauf angeboten. In Deutschland gibt es eine größere Anzahl Lager von sogenannten Löschfackeln. — Die Betreffenden haben ein größeres Quantum von einer Löschfackelfirma gekauft und waren nicht in der Lage, die Apparate weiter zu verkaufen. — Die Lieferanten scheuten sich aber nicht, an demselben Platze später wieder einen anderen „Generalvertreter" hineinzulegen, und so kam es, daß sich an manchen Plätzen mehrere solcher Lager entwickelt haben.

Gewöhnlich entspinnt sich dann eine Klage wegen Vorspiegelung falscher Tatsachen, jedoch die Verkaufsfirma hat den Vertrag so geschickt gemacht, daß der Käufer meistens der Reingefallene bleibt, wenn nicht gerade der Organisator eine Ungeschicklichkeit begangen hat. So ist z. B. eine Löschfackelfirma in Berlin in eine Unmasse von Prozessen verwickelt worden und soll sich, da sie der Erledigung dieser Prozesse nicht mehr gewachsen war, veranlaßt gesehen haben, zu liquidieren.

Mit dem inneren Aufbau der „Volksfürsorge" wird sich eine am morgigen Donnerstag abend 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung der Gewerkschaftsvorstände, der Hilfskassierer der Gewerkschaften und der Funktionäre des Konsumvereins beschäftigen. Eine zahlreiche Beteiligung der in Frage kommenden Genossen aus Lübeck und dessen Umgegend darf wohl als sicher angenommen werden. — Da weiteres Material eingetroffen ist, werden die Kassierer ersucht, dasselbe morgen abend vor Beginn der Versammlung im Gewerkschaftshaus in Empfang zu nehmen.

b. **Schöffengericht** am 8. Juli. Einer fahrlässigen Feuergefährdung sollte sich der Schlutuper Glasermeister K. schuldig gemacht haben. Er wurde in 10 Mark Polizeistrafe genommen, gegen die er richterliche Entscheidung beantragte, da die Fahrlässigkeit ihm von einem Mitbewohner ohne stichhaltigen Grund zur Last gelegt wurde. Der Einspruch hatte Erfolg, K. wurde freigesprochen. — Nimm ihn mit! sagte der Bäckerknecht F. zu einem Kollegen in der „Flora". Dieser setzte den fremden Hut auf sein ehrwürdiges Haupt. Später wurde bei dem Arbeiter N. Haussuchung abgehalten, weil er eine Uhrkette gestohlen haben sollte. Diese wurde zwar nicht gefunden, aber an der Wand hing ein Handstock, der ebenso billig „gekauft" war wie der Hut des Schlafkollegen. Mit je zwei Tagen Gefängnis sind diese Gelegenheitsdiebstähle abgetan. — Ein trauriges Bild. Wenn schuldbeladene Kinder vor dem Richter stehen, empfindet der Zuhörer stets ein Mißbehagen; trauriger wirkt das Bild noch, wenn eine Mutter angeklagt wird, an dem Fehl der Kinder mitschuldig zu sein. Ängstlich gleiten die Blicke der Kinder zur Mutter und diese wiederum zittert bei den Aussagen der Kinder. Ein 13jähriges Mädchen holte für ihre Laufstelle beim Krämer Kleinigkeiten. Unterwegs traf sie den jüngeren Bruder, der geht der Bonbons wegen mit und läßt, während der Kaufmann beschäftigt ist, ein Pfund Margarine unter der Pelerine verschwinden. Das bringt er nach Hause, stellt es in den Schrank oder aufs Bort, oder gibt es direkt der Mutter. Genaues läßt sich nicht herausbringen. Der Vater prügelt den Jungen, als er hört, es sei gestohlen, die Mutter bricht den Karton an. Als der erste Diebstahl gelungen, geht der Knabe mit seiner Schwester andern Tags noch einmal mit zum Kaufmann, stiehlt drei Pfund, die im Spankorb verschwinden. Mit dem guten Griff wächst die Dreistigkeit. Der Junge hängt eine Handtasche vom Ladentisch ab. Darin befinden sich über 68 Mk. Diese werden auf dem Wege geteilt, zweimal wird für 5 Pfg. Bonbons gekauft. Zu Hause wird befohlen oder soll befohlen worden sein, die Margarine zurückzubringen. Vorläufig wird sie in den Ofen gelegt. Und nun gehen die Kinder noch hin, kaufen Braten, Eier und anderes ein; als sie mit diesen nützlichen Sachen nach Hause kommen, und der Mutter eine Freude bereiten wollten, nimmt sie statt der Mutter der Kriminalschutzmann in Empfang. Es gibt nach der Tat natürlich kein Beschönigen; leid kann einen nur tun, wenn sich schon Schulkinder so weit vergessen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Knaben 10, gegen dessen Schwester 8 Tage Gefängnis, dagegen soll die Mutter wegen Hehlerei mit 4 Wochen bestraft werden. Die Verhandlung wird auf Donnerstag ausgesetzt. Der Vater soll erst noch Auskunft geben. — Mit fremden Federn geschmückt wollte sich der Arbeiter B. seinen Eltern in Hamburg vorstellen. Ein Bekannter fuhr demselben Ziele zu und erzählte dem B., daß er in seinem Reisekoffer noch einen Anzug und Paletot habe. Um nicht so abgerissen zu erscheinen, ersuchte B. um vorläufige Überlassung der besseren Kluft. Diesem Wunsche kam der Mitreisende nach, nicht aber B. dem gegebenen Versprechen, bald nach dem Besuch die Kleider wieder zurückzuschicken. Er behielt sie in „Verwahrung" und machte sich dadurch der Unterschlagung schuldig. Die Verhandlung wird auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Es sollen noch weitere Ermittelungen angestellt werden. — Töff töff! Am Pfingstdienstag fuhr der Chauffeur Sch. mit 40-Kilometer-Geschwindigkeit die Fackenburger Allee entlang, die ein neunjähriges Mädchen überqueren wollte. Da auch von der entgegengesetzten Seite ein Auto heranfauste und die Elektrische dazwischenkam, war die Situation für das Kind gefährlich. Nach der Bundesratsverordnung hat der Kraftwagenführer die Fahrt so einzurichten, daß Unfälle durch sofortiges Halten jederzeit vermieden werden können. Jedenfalls darf man innerhalb der Ortsgrenze nur 15 Kilometer zurücklegen. Das Kind wurde angefahren, kam zu Fall, erlitt jedoch nur einige Hautabschürfungen. Der Chauffeur wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt und zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Beantragt war die dreifache Summe. Es wurde nur Übertretung der Bundesratsverordnung angenommen. — „Näherin" gesucht. Die Witwe Sch. suchte in der Zeitung Nähhilfe, obgleich sie in diese Kunst selbst wenig eingeweiht war und auch nur beschränkt Arbeit hatte. Da sie von ihrem Verdienst im Waschen und Putzen ihre vier Kinder nicht ernähren konnte, die Armenanstalt aber Hilfe ablehnte, versuchte sie der Not auf andere Weise abzuhelfen. Ein Zimmer wurde an die Arbeiterin G. abvermietet, die ebenfalls Herrenbesuch und zwar mit Wissen der Witwe empfing. Das brachte ihr eine Anklage wegen gewerbsmäßiger Unzucht und Kuppelei. Sie wird wegen des ersten Vergehens zu 14 Tagen, wegen des zweiten zur Mindeststrafe von 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Nur die bittere Not hat die arme Frau auf die Anklagebank gebracht. — Ein Portion Kuchen holte auf den Namen seines früheren Arbeitgebers der Musiker Sch. aus Rehna, der mangels Beschäftigung in seinem Gewerbe bei einem Wirt als Hausdiener tätig war. Er hatte diese Stellung aufgegeben und den erhaltenen Restlohn mit Freunden fast ganz ausgegeben. An die schmale Kost eines Arbeitslosen konnte er sich nicht so schnell gewöhnen. Deshalb ging der junge Mensch andern Tags hin und holte für 2 Mk. Gebäck zum Kaffee. Das Gericht konnte Not nicht annehmen. Es verurteilte ihn zu 5 Tagen Gefängnis wegen Betrugs, die durch die 14tätige Untersuchungshaft verbüßt sind. — Widerstand gegen die Staatsgewalt. Ein herzleidender Kellner klammerte sich im Rausche an einem Schutzmann fest. In diesem Zustand verwandelt sich der Herzfehler stets in Jähzorn. Der Staatsanwalt empfiehlt als Medizin 1 Monat Ruhe in Lauerhof. Dem Staat ist nach dem Urteil des Gerichts mit 30 Mark Strafe besser gedient.

An Staatssteuern und Abgaben gingen ein im Monat Juni 1913: Einkommensteuer 58 869,43 Mk., Wertzuwachssteuer 1846,— Mk., Grundsteuer 16 008,79 Mk., Eisenbahnsteuer 679,76 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 5778,16 Mk., Veräußerungsabgabe 12 736,63 Mk., Stempelabgaben 13 129,50 Mark, Schiffsabgaben 55 130,68 Mk., Gewerbesteuer 23,34 Mark, Filialsteuer —,— Mk.; zusammen 164 202,29 Mk., gegen 173 780,78 Mk. im Vorjahre; mithin 1913 weniger 9578,49 Mk. Eingegangen vom 1. April bis Ende Juni 1913: 1 558 447,88 Mk.; im gleichen Zeitraum 1912: 1 486 498,08 Mark; mithin gegen das Vorjahr mehr 71 949,80 Mk.

Handelsregister. Am 8. Juli 1913 ist eingetragen 1. bei der Firma Hansa-Automaten-Restaurant, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist von amtswegen gelöscht; 2. bei der Firma Incasso-Schutz für Handel und Gewerbe, Badenius & Co., Hamburg, Zweigniederlassung Lübeck: Die Firma ist von amtswegen gelöscht; 3. bei der Firma Georg Davidsen, Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Ein merkwürdiger Fall, der leicht schlimme Folgen hätte nach sich ziehen können, passierte gestern nachmittag gegen 3 Uhr am Hafen. Von einem unterhalb der Alsheide liegenden Dampfer flog eine zirka 15—20 Pfund schwere eiserne Kette mit Haken über den Schuppen und die Untertrave bis in die Mitte der Alsheide mit furchtbarem Krach nieder. Da die Alsheide zum Glück von Passanten frei war, ist weiter kein Schaden entstanden. Ob auf dem Dampfer sich ein Unfall durch das Reißen der Kette ereignete, entzieht sich unserer Kenntnis.

pb. **Fahrraddiebstahl.** In letzter Nacht ist vom Flur des Hauses Wickedestraße 8a ein Fahrrad Marke „Edelweiß" mit schwarzem Gestell und gelben Felgen und etwas nach oben gebogener Lenkstange abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. An dem Rade befanden sich die vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummern 15 852. Die Lenkstange ist am linken Ende etwas eingeknickt und an dem Rade befinden sich auffallend breite Pedale.

pb. **Ermittelter Taschendieb.** Festgenommen wurde ein Bäckergeselle aus Oldesloe, der auf der Straßenbahn einem Fahrgast ein Portemonnaie mit 84 Mk. aus der Tasche gestohlen hatte. Der Täter konnte auf dem hiesigen Bahnhofe in dem Augenblick angehalten werden, als er im Begriff stand, nach Oldesloe zu fahren.

pb. **Diebstahl.** Am gestrigen Nachmittage sind aus einem Hause der Klappenstraße folgende Sachen gestohlen worden: 1 silberne Herrenuhr mit goldener Kette, 1 silberne Damenuhr mit langer silberner Halskette und kleinem goldenen Kreuz als Anhängsel und 1 braunes Damenportemonnaie mit 6—7 Mk. Inhalt. Der Täter, welcher bei der Tat überrascht wurde und entkommen ist, wird wie folgt beschrieben: Etwa 40 Jahre alt, 1.65 m bis 1.70 m groß, trug dunklen Schnurrbart und war bekleidet mit braunem Jackettanzug, schwarzem steifen Filzhut und weißer Wäsche.

pb. **Festgenommen** wurde ein Schlossergeselle von hier, der sich des Diebstahls von einem Paar Stiefeln und Kleidungsstücken schuldig gemacht hat.

Lübecker Sommertheater, Dir. Ernst Albert. Man schreibt uns: Heute abend findet die 4. Aufführung des Operettenschlagers „Filmzauber" statt. Schnell sind die reizenden Melodien populär geworden und mancher summt: „Ach ich schlaf doch so schlecht." ꝛc. Eine Überraschung wird uns mit dem Ankauf der bedeutenden Novität von Otto Ernst: „Die Liebe höret nimmer auf" geboten. In Anerkennung der hohen Verdienste, welche sich Selma Wuttke um die Kunst in Lübeck erworben, hat die Direktion ihr diese Novität trotz der hohen Kosten zum Benefiz gegeben.

Travemünde. Eine neue Eisenbahnlinie. Die Eisenbahnstrecke Travemünde—Niendorf a. Ostsee ist im Beisein von Vertretern der Regierungen von Lübeck und Oldenburg dem Verkehr übergeben worden.

Rensefeld. Rasch tritt der Tod den Menschen an. Gestern abend 9 Uhr wurde der hier wohnende Genosse H. Kuhlmann beim Streuholen auf dem Nachhausewege auf der Straße plötzlich von einem Unwohlsein befallen und stürzte besinnungslos zu Boden. Ein hinzugerufener Arzt konnte leider nur noch den infolge eines Herzschlages erfolgten Tod unseres Genossen konstatieren.

Hamburg. Das „Osterode"-Urteil vom Reichsgericht bestätigt! Das Reichsgericht hat am Montag über die von unseren Genossen Köpke und Winnig gegen ihre Verurteilung in dem bekannten „Osterode"-Prozeß eingelegte Revision verhandelt. Vom Landgericht Hamburg waren Köpke und Winnig am 11. Dezember vorigen Jahres verurteilt worden, und zwar Winnig als Verfasser der Skizze „Osterode" (die das unaufgeklärte Kasernendrama, bei dem ein Soldat seinen Hauptmann und dann sich selbst erschoß, in dichterischer Form zu erklären versucht) zu zwei Monaten Gefängnis, Köpke als verantwortlicher Redakteur der „Echo"-Nummer, in welcher die Skizze erschien, zu vier Monaten Gefängnis. Zu diesem horrenden Strafmaß war das Gericht gekommen, weil es die Form der kritischen Betrachtung als besonders beleidigend ansah. Was gemeinhin als strafmildernd gilt, nämlich die Freiheit eines Schriftstellers, einen Vorgang aus dem wirklichen Leben durch eigne Phantasie zu einem Beispiel zu gestalten, an dem für alle ähnlichen Fälle die treibenden Motive erkannt werden können — gerade diese Freiheit, die sich der Verfasser der Skizze „Osterode" genommen, wurde ihm und seinem Mitangeklagten als Schwerverbrechen angerechnet. Es wurde gesagt, allen Vorgesetzten in der ganzen Armee solle in der Skizze zum Vorwurf gemacht werden, daß sie ihre Untergebenen so niederträchtig reizen und mißhandeln, wie es nach der Darstellung des Verfassers der erschossene Hauptmann in Osterode getan hat. Es nützt nichts, daß hervorragende literarische Sachverständige in der Hauptverhandlung schlagende Beispiele dafür anführten, daß nach ihrer Ansicht eine solche Deutung den wirklichen Absichten des Verfassers durchaus widerspräche; das Gericht verzichtete auf literarisches Sachverständnis und urteilte nach eigenem Ermessen, um zu der angegebenen Verurteilung zu kommen. Auch das Reichsgericht hat jetzt, indem es die Revision verwarf, sich auf den Standpunkt des Landgerichts gestellt, und damit sind die beiden Urteile — zusammen sechs Monate Gefängnis — rechtskräftig geworden. Das deutsche Heer soll vor dem Verdacht geschützt werden, als ob Zustände, wie sie in Osterode wahrscheinlich herrschten, in allen Garnisonen zu finden seien. Ob solche Urteile dazu geeignet sind?

Schönberg. Ein brutaler Terrorismusfall. Als vor einiger Zeit der hiesige Bahnspediteur starb, gab auf Wunsch der Witwe desselben ein Kutscher, der bereits 8 Jahre lang sich in ähnlicher Stellung befand, seinen bisherigen Posten auf und trat in das Geschäft der Witwe ein. Der Kutscher füllte sein Amt zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten aus, nur hatte er in den Augen der Krämer und der mit ihnen verwandten Seelen einen großen Fehler: Er war Mitglied des Konsumvereins und bezog seine Waren aus der hiesigen Verkaufsstelle. Es kränkte die Krämer, daß sie sich von einem genossenschaftlich organisierten Arbeiter ihre Waren anliefern lassen mußten; vielleicht befürchteten sie auch, daß die Waren infiziert werden könnten. Deshalb steckten sie sich hinter die Witwe und verlangten von dieser, sie solle den Kutscher veranlassen, aus dem Konsumverein auszutreten, andernfalls soll sie ihn entlassen. Die Frau, die befürchtete, daß ihr Geschäft sonst schwer geschädigt würde, entsprach diesem Verlangen und forderte den Kutscher auf, dem Konsumverein den Rücken zu kehren. Das lehnte er jedoch ab mit der Motivierung, er habe zwar seine Arbeitskraft verkauft, nicht aber seine Gesinnung. Die Folge war, daß er das Arbeitsverhältnis lösen mußte. Sein alter Posten ist bereits besetzt, sodaß der Mann nun um die alte und die neue Stellung gebracht war. So üben diejenigen, die stets über den angeblichen Terrorismus der Arbeiter jammern, den größten Terrorismus. Mögen die Arbeiter aus diesem Vorkommnis die richtige Lehre ziehen!

Grevesmühlen. Der abgeblitzte Kriegerverein. Die hiesige Verkaufsstelle des Lübecker Konsumvereins ist nicht nur den Krämern, sondern auch dem Kriegerverein ein furchtbarer Dorn im Auge. Mit allen erdenklichen Mitteln bekämpfen sie diesen „Fremdkörper", der ihnen geeignet erscheint, schließlich nicht nur die hiesige Arbeiterschaft, sondern auch andere Kreise zu infizieren. Deshalb gilt der Kampf der tapferen Krieger dem verhaßten Konsumverein, der sich erdreistet, den Profit der Krämer zu schmälern und für billige Preise gute Waren zu liefern. Bereits im Vorjahre zogen die tapferen Mannen gegen den Konsumverein zu Felde, zwar nicht mit Wehr und Waffen, sondern mit einer „furchtbaren" Erklärung. „Die Mitgliedschaft im Kriegerverein ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Konsumverein", so lautete ihr Verdikt. Es war nur schade, daß sich die vernünftig denkenden Mitglieder des Kriegervereins hierum nicht bekümmerten. Sie wurden resp. blieben Mitglieder des Konsumvereins. Das mußte gerochen werden. Unter Führung ihres allzeit mutigen Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Jeß, faßten sie nun mit 167 gegen 46 Stimmen den weiteren Beschluß, daß Mitglieder, die sich weigern, aus dem Konsumverein auszutreten, aus dem Kriegerverein auszuschließen seien. Einzelne Mitglieder des Konsumvereins wurden denn auch ausgeschlossen, während man bei anderen, von denen man nichts Genaues wußte, zunächst die Fühlhörner ausstreckte. Man sandte ihnen ein Schreiben, in dem es eingangs hieß: „Dem Vorstand des Kriegervereins ist die Mitteilung zugegangen, daß Sie zurzeit noch Mitglied des Lübecker Konsumvereins sind." Von 30 in Frage kommenden Mitgliedern wurden schließlich insgesamt 11 ausgeschlossen; gegen die anderen konnte man nicht vorgehen, weil der Kriegervereinsvorstand nach seiner eigenen Angabe infolge mangelhafter Mitgliederlisten nicht wußte, wer denn von den Mitgliedern mit gleichen Namen der „Übeltäter" sei. Also ließ man sie ungeschoren. Nun hätten sicherlich die Ausgeschlossenen die Mitgliedschaft im Kriegerverein verschmerzen können; ihnen lag nur daran, auch fernerhin noch Mitglied der Unterstützungs- und Sterbekasse des Kriegervereins, an der sie durch jahrelange Mitgliedschaft Anrechte erworben hatten, zu bleiben. Das wollte aber der Vorstand des Kriegervereins nicht; er erklärte, daß sie auch aus der Kasse ausgeschlossen seien. Diese durch nichts begründete Haltung des Vorstandes führte zur Klage der Ausgeschlossenen gegen den Vorstand. Genosse Sauer vertrat die Kläger. Er lehnte zunächst den Amtsgerichtsrat — weil Mitglied des Kriegervereins — mit Erfolg als befangen ab. Krampfhaft bemühte sich der Rechtsanwalt Jeß als beklagtischer Anwalt, den Nachweis zu liefern, daß der Konsumverein sozialdemokratisch sei. Das alles aber nutzte nichts. Die Kläger bekamen recht und das Gericht stellte in seinem Urteil fest, daß die Kläger aus der Kasse zu Unrecht ausgeschlossen seien. Die tapferen Krieger sollen ob dieses Urteils einfach paff sein und der Dame Justitia bereits die Freundschaft gekündigt haben. Hoffentlich ziehen sie nun nicht auch noch gegen diese zu Felde. — Ein steuerliches Ausnahmegesetz gegen den Konsumverein. Der löbl. Magistrat unserer Stadt mag keinen Konsumverein leiden, doch seine Steuern nimmt er gern. Und um das vor aller Welt zu dokumentieren, hat er das Einkommensteuergesetz dahin geändert, daß der Konsumverein fortan recht viel Kies an die Stadtkasse abladen soll. Getreu den Anweisungen der „edlen" „Volks"vertreter im obotrischen Landtage hat er einfach dekretiert, daß 10 Prozent des Umsatzes vom Konsumverein als Einkommen zu betrachten und demgemäß zu versteuern seien. Nun weiß jeder, der sich einmal mit dem sogen. „Einkommen" eines Konsumvereins beschäftigt hat, daß es solches gar nicht gibt und daß, soweit der Reingewinn in Frage kommt, dieser einschließlich Rabatt — den wir eigentlich garnicht als Reingewinn bezeichnen können — im günstigsten Falle 4—5 Proz. des Umsatzes ausmacht. Beim Lübecker Konsumverein beträgt er 4.65 Proz. Unter solchen Umständen ist die dekretierte Steuer ein steuerliches Ausnahmegesetz gegen die genossenschaftlich organisierten Konsumenten, gegen das entschiedener Protest erhoben werden muß. Das hat denn auch die hiesige Arbeiterschaft in wirkungsvoller Weise getan. In einer von mindestens 450 Personen besuchten Volksversammlung im „Gasthof zur Börse" wurde vom Referenten, Gen. Stelling-Lübeck, dieses Vorgehen des Magistrats in das richtige Licht gerückt, bei welcher Gelegenheit er natürlich nicht verfehlte, sich auch mit dem „Erfolg" des Kriegervereins zu beschäftigen. Nachdem die Genossen Henze-Lübeck und Sauer in der Diskussion die Ausführungen des Referenten ergänzt hatten, gelangte eine scharfe Protestresolution gegen die Ausnahme-

Grund, in einem Bagatellprozeß einen falschen Eid zu leisten, der dort ohne Bedeutung ist und auf der anderen Seite die schwere Gefahr langer Zuchthausstrafen mit sich bringt. Auf die „Post“ werden solche Erwägungen freilich keinerlei Eindruck machen, ihr handelt es sich darum, einen politischen Gegner zu verleumden und herunterzureißen und dazu war der „Post“ von jeher jedes Mittel recht. In diesem Fall kommt noch hinzu, daß der eigene Parteifreund als Fabrikant der Denunziation engagiert ist, weshalb sie sich verpflichtet hält, noch um einige Grad gemeiner als sonst zu sein.

Die Fernsprechgebührenordnung wird nicht geändert.

Eine den Geschäftsleuten nicht unangenehme Mitteilung bringt die „Berl. Volksztg.“. Danach soll Staatssekretär des Reichspostamts Krätke geäußert haben, solange er auf seinem Posten sei, werde die Fernsprechgebührenordnung nicht geändert. — Dem Reichspostmeister scheinen im Hinblick auf die Absage, die ihm und seiner neuen Fernsprechgebührenordnung der vorige Reichstag gab, die Trauben zu hoch zu hängen.

Zentrum, Regierung und Wehrvorlage.

Die „Kölner Korrespondenz“ kündigt in ihrer neuesten Nummer an, daß das katholische Volk dem Zentrum bei künftigen Wahlen noch weit mehr als bisher seine Grundsatzlosigkeit und sein Rennen nach der Gunst der Regierung heimzahlen werde. Zunächst erinnert die „Kölner Korrespondenz“ daran, wie sie, als die ersten Anzeichen der Wehrvorlage in der Presse erschienen, im voraus die Komödie geschildert hat, die das Zentrum dieser Vorlage gegenüber aufführen werde, und die es nunmehr zu Ende gespielt habe: „Zuerst Entrüstung, dann Ablehnung der Vorlage, weil sie überflüssig sei, dann bedingte Annahme, schließlich glatte Bewilligung!“ In der Septennatszeit, so schreibt die „Kölner Korrespondenz“ weiter, als Windthorst noch lebte, mußte der Papst die Zentrumsfraktion bewegen, gegen ihren Willen durch Stimmenthaltung die Regierungsvorlage zu sichern. Seither aber habe das Zentrum unter Kölner Regie für die Bedürfnisse der deutschen Wehrkraft zu Wasser und zu Lande „ein wachsendes Verständnis gezeigt“. Schon die große Militärvorlage unter Caprivi würde ohne den Widerstand der süddeutschen Zentrumselemente gleich im ersten Anlauf bewilligt worden sein; da aber die Süddeutschen mit bajuvarischer Derbheit einen offenen Krach in sichere Aussicht stellten, hätten die Oberregisseure der „braven Wählerschaft klar gemacht, daß die Begründung der Vorlage mit der Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten hin eitel Bangemacherei“ sei. Wenn auch die süddeutschen Eigenbrödler noch nicht alle geworden seien, so könnten sich die „Köln-Gladbacher“ auf die mittlerweile total verkölnischten Unterführer verlassen, und „darum wird bewilligt, und die Regierung kann sich von der Befähigung des Zentrums zum Regieren immer mehr überzeugen.“ Regieren heiße lavieren, und wer lavieren wolle, dürfe in seiner Bewegungsfreiheit durch Prinzipien nicht behindert werden. Prinzipien aber kenne das Kölner Zentrum nicht, keine religiösen und keine wirtschaftlichen, „denn es ist die Partei aller wirtschaftlichen Interessen, die alle miteinander nach dem Rezept des Interessenausgleiches vertreten werden sollen, also eine Limonadenpartei, wie die Regierung sie gerad braucht.“ Wenn diese Prinzipienlosigkeit der gegenwärtig maßgebenden Zentrumskreise dem katholischen Volke zum Bewußtsein komme, dann sei das Ende des Zentrums nahe. Ein großer Teil der deutschen Katholiken stimme nicht etwa für das Zentrum, weil es vor zwei Jahren eine halbe Milliarde neuen Steuern und jetzt die Wehrvorlage mit einer ganzen Milliarde bewilligte, auch nicht wegen der Phrase vom Interessenausgleich und nicht wegen der anderen Phrase von der gemeinsamen christlichen Weltanschauung, sondern das Volk halte das Zentrum immer noch für die Partei der katholischen Weltanschauung, die es aber nach der Erklärung des Dr. Porsch und der anderen Bachemiten nicht sei. Wenn nach der Ansicht dieser Herren das Zentrum nicht nach katholischer Elle messe, das katholische Volk aber messe danach und werde die Zentrumskandidaten und die ganze Partei danach messen. In Köln, Düsseldorf und anderen Plätzen hätten bei den letzten Reichstagswahlen „ganze Gruppen katholischer Handwerker und Gewerbetreibender, die bisher entschiedene Zentrumsanhänger waren, nicht mehr fürs Zentrum gestimmt, weil sie sich sagten: Das Zentrum will mit unserer religiösen Ueberzeugung nichts zu tun haben, und unsere wirtschaftlichen Interessen werden ebensogut oder noch besser durch andere Parteien vertreten.“ Der Artikel der „Kölner Korrespondenz“ schließt:

„Wenn wir dasselbe Schauspiel bei den künftigen Wahlen erleben, dann wird daran ein gewisses Streberium schuld sein, welches bei vollkommener Grundsatzlosigkeit nichts anderes sucht als die Gunst der Regierung, bei jeder Wehr- oder Steuervorlage aber den Wählern eine Entrüstungskomödie vorgaukelt.“

Die Kennzeichnung, die hier dem in der Tat völlig grundsatz- und gewissenlosen Zentrum widerfährt, trifft fast in allen Einzelheiten so sehr ins Schwarze, daß man hinter dem Artikelschreiber einen der intimsten Kenner der zentrümlichen Gaunerpolitik, einen Mann vermuten muß, der lange Jahre mit dabei gewesen ist, wenn die Zentrumsführer das geäuschte Volk immer wieder an die Junkerregierung verkauft haben. Der Artikel könnte zum Verfasser den von den Bachemiten hinausgeekelten ehrlichen Roeren haben.

Die Reichstagswahlen von 1912 nach Ortsgrößen-Klassen.

Der 250. Band der Statistik des Deutschen Reichs enthält in mehreren Heften die vom Statistischen Amt des Reiches bearbeiteten Reichstagswahlen von 1912. Im ersten Heft werden tabellarisch die Wahlen von 1907 und 1912 nach den einzelnen Wahlkreisen und nach Staaten und Landesteilen dargelegt. Das zweite Heft bringt die bei der Reichstagswahl 1912 abgegebenen Stimmen und das Verzeichnis der Abgeordneten, die Bestandteile der Wahlkreise und ihre Bevölkerung, sowie eine schematische Karte der Wahlkreise. In dem soeben erschienenen dritten Heft werden die Reichstagswahlen von 1912 nach Ortsgrößenklassen wiedergegeben. Das 125 Seiten in Quartformat starke Heft nebst mehreren Karten kostet ebenso wie die beiden ersten Hefte je 1 Mk. (zu beziehen von der Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft, Puttkamer u. Mühlbrecht, Berlin.)

Nach dieser Statistik hatten bei der Reichstagswahl 1912:

	Das Reich		Die Ortschaften mit weniger als 2000 Einwohn.		Die Ortschaften mit 2000 bis unter 10000 Einwohnern		Die Ortschaften mit mindestens 10000 Einwohn. und darüber	
	überhaupt	%	überhaupt	%	überhaupt	%	überhaupt	%
Bevölkerung	64 925 998		25 872 183		12 273 206		26 770 059	
Wahlberechtigte	14 442 387		5 731 070		2 672 426		6 038 891	
Wahlbeteiligung	12 260 731	84,9	4 866 422	84,9	2 247 044	84,1	5 147 265	85,2
Abgegebene gültige Stimmen	12 207 682		4 845 438		2 237 361		5 124 833	
Sozialdemokraten	4 250 899	34,8	920 505	19,0	802 172	35,8	2 527 722	49,3
Zentrum	1 906 848	16,4	994 778	20,5	442 794	19,8	559 276	10,9
Nationalliberale	1 662 670	13,6	622 008	12,8	335 425	15,0	705 237	13,8
Fortschrittliche Volkspartei	1 497 041	12,3	427 739	8,8	269 968	12,1	799 334	15,6
Deutsch-Konservative	1 126 270	9,2	845 760	17,5	127 617	5,7	152 893	3,0
Reichspartei	387 156	3,0	223 600	4,6	58 507	2,6	85 040	1,7
Polen	441 744	3,6	280 075	5,8	70 895	3,2	90 774	1,8
Wirtschaftliche Vereinigung	304 557	2,5	196 032	4,1	50 179	2,2	58 346	1,1
Deutsche Reformpartei	51 898	0,4	29 790	0,6	10 429	0,5	11 676	0,2
Andere Parteien	387 359	3,2	267 752	5,5	53 043	2,4	66 564	1,3
Unbestimmt	112 198	0,9	52 706	0,7	14 095	0,6	65 397	1,3
Zersplittert	3 492	0,1	4 693	0,1	2 237	0,1	2 562	0,0

Italien.

Ein Keil treibt den anderen. Im neuen Budget sind für die Vermehrung der Flotte 145 Millionen vorgesehen. Das ist auch eine Folge der wahnsinnigen Rüstungspolitik Deutschlands.

Rußland.

Die Duma ebenso fügsam wie der Reichstag. Die Duma nahm in geschlossener Sitzung die Vorlagen auf Erweiterung verschiedener Kredite für die Heeresverwaltung an, sowie die Kredite für Materialergänzung der Fliegerabteilungen, des Eisenbahngüterverkehrs in Kriegszeiten, der Bildung der neuen Funkenstationen, der Etatsverstärkung bestehender sowie in Bildung begriffener Ingenieurdepots, sowie für den Bau strategischer Straßen im südlichen Kaukasus bei Igdyre, Karakala und dem Tschinglipaß.

Balkan.

Menschenopfer unerhört! Der Bruderkrieg hat bereits große Dimensionen angenommen. Nach serbischen Mitteilungen sind bei den bisherigen Kämpfen auf serbischer Seite **16 000 bis 18 000 Soldaten gefallen!** Wie viel Elend hat dieser Bruderkrieg schon gezeitigt. Und noch ist kein Ende abzusehen. Die Großmächte hüllen sich in Schweigen, statt hier vermittelnd einzugreifen. Rußland will zwar dem Kampfe Einhalt tun, aber erst dann, wenn einer der kämpfenden Parteien zerschmettert am Boden liegt. Das ist moderne Diplomatie!

Die russische Schwarze-Meer-Flotte liegt bei Sewastopol unter Dampf, bereit, jeden Augenblick abzudampfen. Sie wird wohl in der Hauptsache dazu bestimmt sein, Rumänien in Schach zu halten.

Die Bulgaren gehen jetzt offensiv gegen die Serben und defensiv gegen die Griechen vor. Bei Kotschana haben die Bulgaren nach einem äußerst verlustreichen Kampfe einen Sieg über die Serben errungen. Die diesbezügliche Meldung besagt: Die 7. bulgarische Division, unterstützt von der 12., griff das serbische Zentrum bei Kotschana an und warf die hier stehenden serbischen Truppen zurück. Die Serben gingen bis auf die Höhen westlich von Sletowka zurück. Der Kampf war äußerst verlustreich. Die nördlich von Uesküb an der Breganitza stehenden serbischen Kräfte der Morawa-Division und die Drina-Division des ersten Aufgebotes wurden durch das Zurückgehen der Nachbardivision in Mitleidenschaft gezogen. Die westliche Gefechtlinie südwestlich von Kotschana wird sich kaum lange halten können, da die bis auf die Höhen nahe Kotschana vorgedrungenen bulgarischen Truppen diesen Teil flankierend beschießen.

Amerika.

Glückliches Land! In der Kammer der südamerikanischen Republik Chile erklärte der Finanzminister, daß die Regierung weder neues Papiergeld ausgeben, noch einen dritten Dreadnought bestellen werde, damit das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben durch Ersparnisse aufrechterhalten werde. Die Guthaben in Europa genügten allen bevorstehenden Zahlungen. Das ist ein Finanzminister, wie auch wir ihn brauchten! Und dabei hat er nicht etwa eines armen Landes Finanzen zu verwalten. Er konnte weiter erklären, daß umfangreiche Salpeterlager im Norden des Landes festgestellt worden sind. Sie nehmen eine Fläche von 5011 Quadratkilometer ein und dürften 5 408 204 000 Zentner Salpeter enthalten, dessen Gehalt mehr als 15 Prozent betrage.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 9. Juli.

An die Parteigenossen von Mecklenburg und Lübeck!

Die Verschmelzung der beiden Agitationsbezirke Mecklenburg und Lübeck soll am 1. April 1914 erfolgen. Die Vorstände beider Bezirke stellen hiermit den Entwurf eines Statuts zur Diskussion, der in einer Sitzung der Vorstände am 6. Juli in Schwerin einstimmig zur Annahme gelangte.

§ 1. Die sozialdemokratischen Vereine der sieben mecklenburgischen Wahlkreise und des Wahlkreises Lübeck bilden unter dem Namen: „Sozialdemokratischer Bezirksverband für beide Mecklenburg und Lübeck“ eine Bezirksorganisation mit dem Sitz in Rostck.

§ 2. Die Aufgabe der Bezirksorganisation besteht darin, die Verbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze durch Wort und Schrift zu fördern.

§ 3. Alle sozialdemokratischen Organisationen Mecklenburgs und Lübecks müssen der Bezirksorganisation angehören, jedoch bleibt die Selbständigkeit der Kreisvereine in ihren eigenen Angelegenheiten unberührt.

§ 4. Aufgabe der Kreisvorstände ist es, die Agitation für die Partei innerhalb des Wahlkreises zu treiben. Es obliegt ihnen insbesondere die Veranstaltung von Versammlungen, Gründung von Ortsvereinen, Vermittlung von Rednern, die planmäßige Verteilung von Flugschriften und dergleichen und die Ueberwachung der ordnungsmäßigen Geschäftsführung in den Ortsvereinen ihres Wahlkreises.

Der Vorstand des Kreisvereins soll die Ortsvereine nach Kräften unterstützen und sein Augenmerk insbesondere auf solche Orte richten, in welchen noch kein sozialdemokratischer Verein besteht. Pflicht des Bezirksvorstandes ist es, den Orts- und Kreisvereinen in ihrer Tätigkeit beratend und fördernd zur Seite zu stehen.

§ 5. Die Vorstände der Kreisorganisationen haben innerhalb vier Wochen nach Schluß eines jeden Quartals einen Bericht und eine Abrechnung an den Bezirksvorstand einzusenden, zu denen die vom Bezirksvorstand herausgegebenen Formulare zu benutzen sind.

§ 6. Die Ausgaben der gesamten Bezirksorgnisationen sollen möglichst aus eigenen Mitteln bestritten werden; die Kreis- sowie Ortsvereine haben sich zu bemühen, ihre lokalen Ausgaben ebenfalls aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

Jede finanzielle Inanspruchnahme des Parteivorstandes, zu welchem Zwecke es auch sei, bedarf der Zustimmung des Bezirksvorstandes.

§ 7. Die Aufstellung der Kandidaten zur Reichs- und Landtagswahl, sowie zur Lübecker Bürgerschaft erfolgt — mit Zustimmung des Bezirksvorstandes — durch die Kreisorganisation. Die Aufstellung der städtischen und ländlichen Gemeindevertreter bleibt den Ortsvereinen überlassen.

§ 8. Der Bezirksvorstand besteht aus 11 Personen und setzt sich zusammen: aus dem mecklenburgischen Landessekretär, dem Vorsitzenden des Vororts und einem Mitgliede des Ortsvereins Rostock; diese bilden den engeren Vorstand. Ferner aus den Kreisvorsitzenden der übrigen sechs mecklenburgischen Wahlkreise und dem Vorsitzenden und Sekretär des Wahlkreises Lübeck.

§ 9. Der Bezirksvorstand ist dem alljährlich stattfindenden Bezirksparteitag verantwortlich.

Dieser ist vom Bezirksvorstand einzuberufen und mindestens 6 Wochen vorher mit Angabe der vorläufigen Tagesordnung in den im Bezirk erscheinenden Parteiblättern bekannt zu geben.

§ 10. Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Kreise und dem Bezirksvorstand.

Kreise bis zu 1000 Mitgliedern wählen 6, und auf jede weitere 2000 Mitglieder 1 weiteren Delegierten. Außerdem haben zu den Bezirksparteitagen die Geschäftsführer und Vertreter der Redaktionen der im Bezirk erscheinenden Parteiblätter, sowie die Abgeordneten und Kandidaten der Kreise beratende Stimme.

Anträge für den Parteitag sind schriftlich beim Bezirksvorstand einzureichen, der sie spätestens 14 Tage vor dem Parteitag in der Parteipresse des Bezirks zu veröffentlichen hat.

Die Kosten der Delegation trägt jeder Kreis selbst.

§ 11. Jeder Bezirksparteitag bestimmt den Ort, wo der nächste Parteitag abgehalten werden soll.

§ 12. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist Sache der einzelnen Kreise, jedoch muß der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder 10 Pfg. pro Woche und für weibliche Mitglieder 15 Pfg. pro Monat betragen.

§ 13. Die Beiträge der Kreise an die Bezirkskasse betragen zwei Prozent. Die mecklenburgischen Wahlkreise haben außerdem für die Betreibung der Landespolitik acht Prozent abzuführen. Die mecklenburgischen Wahlkreise und auch der Wahlkreis Lübeck betreiben ihre Landespolitik selbständig.

§ 14. Zur Prüfung der Kasse des Bezirksvorstandes wählt der Bezirksvorstand aus der Reihe der Beisitzer zwei Revisoren, die mindestens einmal im Quartal eine Revision vorzunehmen haben.

§ 15. Alle Beschlüsse auf dem Bezirksparteitag werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt.

Änderungen der Satzungen können nur auf den Bezirksparteitagen vorgenommen werden.

§ 16. Publikationsorgane der Bezirksorganisation sind die „Mecklenburgische Volkszeitung“ und der „Lübecker Volksbote“.

§ 17. Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis zum 31. März.

Der Bezirksverband Mecklenburg-Lübeck und vorstehendes Statut treten nach Zustimmung des Mecklenburgischen Parteitages und einer Generalversammlung der Lübecker Wahlkreisorganisation am 1. April 1914 in Kraft.

Die mühelosen Existenzen.

Glänzende Existenz, ohne Branchekenntnisse, auch für Nichtkaufleute, 10 000 Mk. pro Jahr Verdienst mit nur 1000 Mark Kapital — wer kennt nicht diese Schlagworte aus den Inseraten, mit denen eine gewisse Sorte von Kaufleuten auf den Fang ausgeht!

Der Existenzkampf und die Sucht des Menschen, möglichst mühelos und rasch zu Vermögen zu kommen, hat spekulative Köpfe auf den Gedanken gebracht, die Gründung von Existenzen zu einem lukrativen Erwerbszweig zu machen.

In Inseraten werden Stellungen als Generalvertreter, Bezirksdirektor, Filialleiter usw. angeboten. Auf eine Anfrage erhält der Existenzsuchende mehrere äußerst geschickt abgefaßte Prospekte und wird eingeladen, den Lizenzverkäufer im Hotel aufzusuchen. Die Art und Weise, wie diese Geschäfte abgeschlossen werden, ist verschieden. Eine beliebte Art ist es, dem „Generalvertreter“ gegen eine von ihm zu zahlende Lizenzgebühr den Alleinvertrieb eines Artikels in einem bestimmten Bezirk zu übertragen. Da auf diese Proposition aber doch nicht mehr so viele Leute hineinfallen, versucht man nun, den Neuling zum Ankauf eines Lagers für mehrere hundert oder tausend Mark zu veranlassen.

In 99 Prozent dieser Fälle handelt es sich um Schwindelartikel, Eintagsfliegen und Neuheiten, die schon lange keine Neuheiten mehr sind. — Um aus all den Erfindungen, die jahraus, jahrein zum Patent und zum Musterschutz angemeldet werden, einen wirklich zugkräftigen Artikel herauszufinden, bedarf es einer großen Praxis in der Markenartikelbranche, über die nicht einmal alle Kaufleute verfügen. — Jeder Mensch weiß, wie schwer es heute einem gutfundierten reellen Unternehmen wird, sich mit einem soliden Artikel durchzusetzen; wie soll dann erst ein Neuling mit einer ausgepeitschten Sache Erfolg haben? Aber darum ist es dem Lizenzverkäufer bezw. seiner Firma gar nicht zu tun. Ob das Opfer kaufmännischer Freibeuterei wirklich eine Existenz findet oder das „Lager", um nur einige Groschen zu retten, an ein Warenhaus verschleudern muß und wirtschaftlich zugrunde gerichtet ist, das ist diesen Bauernfängern ganz gleich. Man bedenke nur, daß reisende Lizenzverkäufer 40—50 Prozent der Lizenzgebühr an Provision erhalten! — Die Anzahl der auf diese Art in Vertrieb kommenden Artikel ist enorm. Da gibt es eine Menge von kosmetischen Mitteln, chemischen Präparaten aller Art, z. B. die in letzter Zeit stark angebotenen Solensparmittel und Pneumatikdichtungen, Seifenspender, Türschloßsicherungen, Alarmglocken, Desinfektionsflüssigkeiten und Zerstäuber, Vervielfältigungsapparate, Tintenlöschwiegen, Fleckenreinigungspulver, Haarnadeln, Bouillonwürfel, Glühstrümpfe (per Dutzend erhält der Käufer eine gutgehende Remontoiruhr gratis!), Reklametafeln und Trockenfeuerlöscher. Ein solcher Trockenfeuerlöschapparat — um beim letzten zur bleiben — besteht aus einem Blech- oder Pappgefäß, das mit einer Mischung von doppelkohlensaurem Natron und irgendeiner Erde, zumeist Eisenocker, gefüllt ist. Die feuerdämpfende Wirkung des doppelkohlensauren Natrons ist bekannt. Daß solche „Löschmittel" nicht patentfähig sind, liegt auf der Hand. — Eine Zeitlang wurde auch einmal dieses „Geheimnis" durch Annoncen zum Kauf angeboten. In Deutschland gibt es eine größere Anzahl Lager von sogenannten Löschfackeln. — Die Betreffenden haben ein größeres Quantum von einer Löschfackelfirma gekauft und waren nicht in der Lage, die Apparate weiter zu verkaufen. — Die Lieferanten scheuten sich aber nicht, an demselben Platze später wieder einen anderen „Generalvertreter" hineinzulegen, und so kam es, daß sich an manchen Plätzen mehrere solcher Lager entwickelt haben.

Gewöhnlich entspinnt sich dann eine Klage wegen Vorspiegelung falscher Tatsachen, jedoch die Verkaufsfirma hat den Vertrag so geschickt gemacht, daß der Käufer meistens der Reingefallene bleibt, wenn nicht gerade der Organisator eine Ungeschicklichkeit begangen hat. So ist z. B. eine Löschfackelfirma in Berlin in eine Unmasse von Prozessen verwickelt worden und soll sich, da sie der Erledigung dieser Prozesse nicht mehr gewachsen war, veranlaßt gesehen haben, zu liquidieren.

Mit dem inneren Aufbau der „Volksfürsorge" wird sich eine am morgigen Donnerstag abend 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung der Gewerkschaftsvorstände, der Hilfskassierer der Gewerkschaften und der Funktionäre des Konsumvereins beschäftigen. Eine zahlreiche Beteiligung der in Frage kommenden Genossen aus Lübeck und dessen Umgegend darf wohl als sicher angenommen werden. — Da weiteres Material eingetroffen ist, werden die Kassierer ersucht, dasselbe morgen abend vor Beginn der Versammlung im Gewerkschaftshaus in Empfang zu nehmen.

b. **Schöffengericht** am 8. Juli. Einer fahrlässigen Feuergefährdung sollte sich der Schlutuper Glasermeister K. schuldig gemacht haben. Er wurde in 10 Mark Polizeistrafe genommen, gegen die er richterliche Entscheidung beantragte, da die Fahrlässigkeit ihm von einem Mitbewohner ohne stichhaltigen Grund zur Last gelegt wurde. Der Einspruch hatte Erfolg, K. wurde freigesprochen. — Nimm ihn mit! sagte der Bäckerknecht F. zu einem Kollegen in der „Flora". Dieser setzte den fremden Hut auf sein ehrwürdiges Haupt. Später wurde bei dem Arbeiter N. Haussuchung abgehalten, weil er eine Uhrkette gestohlen haben sollte. Diese wurde zwar nicht gefunden, aber an der Wand hing ein Handstock, der ebenso billig „gekauft" war wie der Hut des Schlafkollegen. Mit je zwei Tagen Gefängnis sind diese Gelegenheitsdiebstähle abgetan. — Ein trauriges Bild. Wenn schuldbeladene Kinder vor dem Richter stehen, empfindet der Zuhörer stets ein Mißbehagen; trauriger wirkt das Bild noch, wenn eine Mutter angeklagt wird, an dem Fehl der Kinder mitschuldig zu sein. Ängstlich gleiten die Blicke der Kinder zur Mutter und diese wiederum zittert bei den Aussagen der Kinder. Ein 13jähriges Mädchen holte für ihre Laufstelle beim Krämer Kleinigkeiten. Unterwegs traf sie den jüngeren Bruder, der geht der Bonbons wegen mit und läßt, während der Kaufmann beschäftigt ist, ein Pfund Margarine unter der Pelerine verschwinden. Das bringt er nach Hause, stellt es in den Schrank oder aufs Bort, oder gibt es direkt der Mutter. Genaues läßt sich nicht herausbringen. Der Vater prügelt den Jungen, als er hört, es sei gestohlen, die Mutter bricht den Karton an. Als der erste Diebstahl gelungen, geht der Knabe mit seiner Schwester andern Tags noch einmal mit zum Kaufmann, stiehlt drei Pfund, die im Spankorb verschwinden. Mit dem guten Griff wächst die Dreistigkeit. Der Junge hängt eine Handtasche vom Ladentisch ab. Darin befinden sich über 68 Mk. Diese werden auf dem Wege geteilt, zweimal wird für 5 Pfg. Bonbons gekauft. Zu Hause wird befohlen oder soll befohlen worden sein, die Margarine zurückzubringen. Vorläufig wird sie in den Ofen gelegt. Und nun gehen die Kinder noch hin, kaufen Braten, Eier und anderes ein; als sie mit diesen nützlichen Sachen nach Hause kommen, und der Mutter eine Freude bereiten wollten, nimmt sie statt der Mutter der Kriminalschutzmann in Empfang. Es gibt nach der Tat natürlich kein Beschönigen; leid kann einen nur tun, wenn sich schon Schulkinder so weit vergessen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Knaben 10, gegen dessen Schwester 8 Tage Gefängnis, dagegen soll die Mutter wegen Hehlerei mit 4 Wochen bestraft werden. Die Verhandlung wird auf Donnerstag ausgesetzt. Der Vater soll erst noch Auskunft geben. — Mit fremden Federn geschmückt wollte sich der Arbeiter B. seinen Eltern in Hamburg vorstellen. Ein Bekannter fuhr demselben Ziele zu und erzählte dem B., daß er in seinem Reisekoffer noch einen Anzug und Paletot habe. Um nicht so abgerissen zu erscheinen, ersuchte B. um vorläufige Überlassung der besseren Kluft. Diesem Wunsche kam der Mitreisende nach, nicht aber B. dem gegebenen Versprechen, bald nach dem Besuch die Kleider wieder zurückzuschicken. Er behielt sie in „Verwahrung" und machte sich dadurch der Unterschlagung schuldig. Die Verhandlung wird auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Es sollen noch weitere Ermittelungen angestellt werden. — Töff töff! Am Pfingstdienstag fuhr der Chauffeur Sch. mit 40-Kilometer-Geschwindigkeit die Fackenburger Allee entlang, die ein neunjähriges Mädchen überqueren wollte. Da auch von der entgegengesetzten Seite ein Auto heranfauste und die Elektrische dazwischenkam, war die Situation für das Kind gefährlich. Nach der Bundesratsverordnung hat der Kraftwagenführer die Fahrt so einzurichten, daß Unfälle durch sofortiges Halten jederzeit vermieden werden können. Jedenfalls darf man innerhalb der Ortsgrenze nur 15 Kilometer zurücklegen. Das Kind wurde angefahren, kam zu Fall, erlitt jedoch nur einige Hautabschürfungen. Der Chauffeur wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt und zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Beantragt war die dreifache Summe. Es wurde nur Übertretung der Bundesratsverordnung angenommen. — — „Näherin" gesucht. Die Witwe Sch. suchte in der Zeitung Nähhilfe, obgleich sie in diese Kunst selbst wenig eingeweiht war und auch nur beschränkt Arbeit hatte. Da sie von ihrem Verdienst im Waschen und Putzen ihre vier Kinder nicht ernähren konnte, die Armenanstalt aber Hilfe ablehnte, versuchte sie der Not auf andere Weise abzuhelfen. Ein Zimmer wurde an die Arbeiterin G. abvermietet, die ebenfalls Herrenbesuch und zwar mit Wissen der Witwe empfing. Das brachte ihr eine Anklage wegen gewerbsmäßiger Unzucht und Kuppelei. Sie wird wegen des ersten Vergehens zu 14 Tagen, wegen des zweiten zur Mindeststrafe von 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Nur die bittere Not hat die arme Frau auf die Anklagebank gebracht. — Ein Portion Kuchen holte auf den Namen seines früheren Arbeitgebers der Musiker Sch. aus Rehna, der mangels Beschäftigung in seinem Gewerbe bei einem Wirt als Hausdiener tätig war. Er hatte diese Stellung aufgegeben und den erhaltenen Restlohn mit Freunden fast ganz ausgegeben. An die schmale Kost eines Arbeitslosen konnte er sich nicht so schnell gewöhnen. Deshalb ging der junge Mensch andern Tags hin und holte für 2 Mk. Gebäck zum Kaffee. Das Gericht konnte Not nicht annehmen. Es verurteilte ihn zu 5 Tagen Gefängnis wegen Betrugs, die durch die 14tätige Untersuchungshaft verbüßt sind. — Widerstand gegen die Staatsgewalt. Ein herzleidender Kellner klammerte sich im Rausche an einem Schutzmann fest. In diesem Zustand verwandelt sich der Herzfehler stets in Jähzorn. Der Staatsanwalt empfiehlt als Medizin 1 Monat Ruhe in Lauerhof. Dem Staat ist nach dem Urteil des Gerichts mit 30 Mark Strafe besser gedient.

An Staatssteuern und Abgaben gingen ein im Monat Juni 1913: Einkommensteuer 58 869,43 Mk., Wertzuwachssteuer 1846,— Mk., Grundsteuer 16 008,79 Mk., Eisenbahnsteuer 679,76 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 5778,16 Mk., Veräußerungsabgabe 12 736,63 Mk., Stempelabgaben 13 129,50 Mark, Schiffsabgaben 55 130,68 Mk., Gewerbesteuer 23,34 Mark, Filialsteuer —,— Mk.; zusammen 164 202,29 Mk., gegen 173 780,78 Mk. im Vorjahre; mithin 1913 weniger 9578,49 Mk. Eingegangen vom 1. April bis Ende Juni 1913: 1 558 447,88 Mk.; im gleichen Zeitraum 1912: 1 486 498,08 Mark; mithin gegen das Vorjahr mehr 71 949,80 Mk.

Handelsregister. Am 8. Juli 1913 ist eingetragen 1. bei der Firma Hansa-Automaten-Restaurant, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist von amtswegen gelöscht; 2. bei der Firma Incasso-Schutz für Handel und Gewerbe, Badenius & Co., Hamburg, Zweigniederlassung Lübeck: Die Firma ist von amtswegen gelöscht; 3. bei der Firma Georg Davidsen, Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Ein merkwürdiger Fall, der leicht schlimme Folgen hätte nach sich ziehen können, passierte gestern nachmittag gegen 3 Uhr am Hafen. Von einem unterhalb der Alsheide liegenden Dampfer flog eine zirka 15—20 Pfund schwere eiserne Kette mit Haken über den Schuppen und die Untertrave bis in die Mitte der Alsheide mit furchtbarem Krach nieder. Da die Alsheide zum Glück von Passanten frei war, ist weiter kein Schaden entstanden. Ob auf dem Dampfer sich ein Unfall durch das Reißen der Kette ereignete, entzieht sich unserer Kenntnis.

pb. **Fahrraddiebstahl.** In letzter Nacht ist vom Flur des Hauses Wickedestraße 8a ein Fahrrad Marke „Edelweiß" mit schwarzem Gestell und gelben Felgen und etwas nach oben gebogener Lenkstange abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. An dem Rade befanden sich die vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummern 15 852. Die Lenkstange ist am linken Ende etwas eingeknickt und an dem Rade befinden sich auffallend breite Pedale.

pb. **Ermittelter Taschendieb.** Festgenommen wurde ein Bäckergeselle aus Oldesloe, der auf der Straßenbahn einem Fahrgast ein Portemonnaie mit 84 Mk. aus der Tasche gestohlen hatte. Der Täter konnte auf dem hiesigen Bahnhofe in dem Augenblick angehalten werden, als er im Begriff stand, nach Oldesloe zu fahren.

pb. **Diebstahl.** Am gestrigen Nachmittage sind aus einem Hause der Klappenstraße folgende Sachen gestohlen worden: 1 silberne Herrenuhr mit goldener Kette, 1 silberne Damenuhr mit langer silberner Halskette und kleinem goldenen Kreuz als Anhängsel und 1 braunes Damenportemonnaie mit 6—7 Mk. Inhalt. Der Täter, welcher bei der Tat überrascht wurde und entkommen ist, wird wie folgt beschrieben: Etwa 40 Jahre alt, 1.65 m bis 1.70 m groß, trug dunklen Schnurrbart und war bekleidet mit braunem Jackettanzug, schwarzem steifen Filzhut und weißer Wäsche.

pb. **Festgenommen** wurde ein Schlossergeselle von hier, der sich des Diebstahls von einem Paar Stiefeln und Kleidungsstücken schuldig gemacht hat.

Lübecker Sommertheater, Dir. Ernst Albert. Man schreibt uns: Heute abend findet die 4. Aufführung des Operettenschlagers „Filmzauber" statt. Schnell sind die reizenden Melodien populär geworden und mancher summt: „Ach ich schlaf doch so schlecht." 2c. Eine Überraschung wird uns mit dem Ankauf der bedeutenden Novität von Otto Ernst: „Die Liebe höret nimmer auf" geboten. In Anerkennung der hohen Verdienste, welche sich Selma Wuttke um die Kunst in Lübeck erworben, hat die Direktion ihr diese Novität trotz der hohen Kosten zum Benefiz gegeben.

Travemünde. Eine neue Eisenbahnlinie. Die Eisenbahnstrecke Travemünde—Niendorf a. Ostsee ist im Beisein von Vertretern der Regierungen von Lübeck und Oldenburg dem Verkehr übergeben worden.

Rensefeld. Rasch tritt der Tod den Menschen an. Gestern abend 9 Uhr wurde der hier wohnende Genosse H. Kuhlmann beim Streuholen auf dem Nachhausewege auf der Straße plötzlich von einem Unwohlsein befallen und stürzte besinnungslos zu Boden. Ein hinzugerufener Arzt konnte leider nur noch den infolge eines Herzschlages erfolgten Tod unseres Genossen konstatieren.

Hamburg. Das „Osterode"-Urteil vom Reichsgericht bestätigt! Das Reichsgericht hat am Montag über die von unseren Genossen Köpke und Winnig gegen ihre Verurteilung in dem bekannten „Osterode"-Prozeß eingelegte Revision verhandelt. Vom Landgericht Hamburg waren Köpke und Winnig am 11. Dezember vorigen Jahres verurteilt worden, und zwar Winnig als Verfasser der Skizze „Osterode" (die das unaufgeklärte Kasernendrama, bei dem ein Soldat seinen Hauptmann und dann sich selbst erschoß, in dichterischer Form zu erklären versucht) zu zwei Monaten Gefängnis, Köpke als verantwortlicher Redakteur der „Echo"-Nummer, in welcher die Skizze erschien, zu vier Monaten Gefängnis. Zu diesem horrenden Strafmaß war das Gericht gekommen, weil es die Form der kritischen Betrachtung als besonders beleidigend ansah. Was gemeinhin als strafmildernd gilt, nämlich die Freiheit eines Schriftstellers, einen Vorgang aus dem wirklichen Leben durch eigne Phantasie zu einem Beispiel zu gestalten, an dem für alle ähnlichen Fälle die treibenden Motive erkannt werden können — gerade diese Freiheit, die sich der Verfasser der Skizze „Osterode" genommen, wurde ihm und seinem Mitangeklagten als Schwerverbrechen angerechnet. Es wurde gesagt, allen Vorgesetzten in der ganzen Armee solle in der Skizze zum Vorwurf gemacht werden, daß sie ihre Untergebenen so niederträchtig reizen und mißhandeln, wie es nach der Darstellung des Verfassers der erschossene Hauptmann in Osterode getan hat. Es nützt nichts, daß hervorragende literarische Sachverständige in der Hauptverhandlung schlagende Beispiele dafür anführten, daß nach ihrer Ansicht eine solche Deutung den wirklichen Absichten des Verfassers durchaus widerspräche; das Gericht verzichtete auf literarisches Sachverständnis und urteilte nach eigenem Ermessen, um zu der angegebenen Verurteilung zu kommen. Auch das Reichsgericht hat jetzt, indem es die Revision verwarf, sich auf den Standpunkt des Landgerichts gestellt, und damit sind die beiden Urteile — zusammen sechs Monate Gefängnis — rechtskräftig geworden. Das deutsche Heer soll vor dem Verdacht geschützt werden, als ob Zustände, wie sie in Osterode wahrscheinlich herrschten, in allen Garnisonen zu finden seien. Ob solche Urteile dazu geeignet sind?

Schönberg. Ein brutaler Terrorismusfall. Als vor einiger Zeit der hiesige Bahnspediteur starb, gab auf Wunsch der Witwe desselben ein Kutscher, der bereits 8 Jahre lang sich in ähnlicher Stellung befand, seinen bisherigen Posten auf und trat in das Geschäft der Witwe ein. Der Kutscher füllte sein Amt zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten aus, nur hatte er in den Augen der Krämer und der mit ihnen verwandten Seelen einen großen Fehler: Er war Mitglied des Konsumvereins und bezog seine Waren aus der hiesigen Verkaufsstelle. Es kränkte die Krämer, daß sie sich von einem genossenschaftlich organisierten Arbeiter ihre Waren anliefern lassen mußten; vielleicht befürchteten sie auch, daß die Waren infiziert werden könnten. Deshalb steckten sie sich hinter die Witwe und verlangten von dieser, sie solle den Kutscher veranlassen, aus dem Konsumverein auszutreten, andernfalls soll sie ihn entlassen. Die Frau, die befürchtete, daß ihr Geschäft sonst schwer geschädigt würde, entsprach diesem Verlangen und forderte den Kutscher auf, dem Konsumverein den Rücken zu kehren. Das lehnte er jedoch ab mit der Motivierung, er habe zwar seine Arbeitskraft verkauft, nicht aber seine Gesinnung. Die Folge war, daß er das Arbeitsverhältnis lösen mußte. Sein alter Posten ist bereits besetzt, sodaß der Mann nun um die alte und die neue Stellung gebracht war. So üben diejenigen, die stets über den angeblichen Terrorismus der Arbeiter jammern, den größten Terrorismus. Mögen die Arbeiter aus diesem Vorkommnis die richtige Lehre ziehen!

Grevesmühlen. Der abgeblitzte Kriegerverein. Die hiesige Verkaufsstelle des Lübecker Konsumvereins ist nicht nur den Krämern, sondern auch dem Kriegerverein ein furchtbarer Dorn im Auge. Mit allen erdenklichen Mitteln bekämpfen sie diesen „Fremdkörper", der ihnen geeignet erscheint, schließlich nicht nur die hiesige Arbeiterschaft, sondern auch andere Kreise zu infizieren. Deshalb gilt der Kampf der tapferen Krieger dem verhaßten Konsumverein, der sich erdreistet, den Profit der Krämer zu schmälern und für billige Preise gute Waren zu liefern. Bereits im Vorjahre zogen die tapferen Mannen gegen den Konsumverein zu Felde, zwar nicht mit Wehr und Waffen, sondern mit einer „furchtbaren" Erklärung. „Die Mitgliedschaft im Kriegerverein ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Konsumverein", so lautete ihr Verdikt. Es war nur schade, daß sich die vernünftig denkenden Mitglieder des Kriegervereins hierum nicht bekümmerten. Sie wurden resp. blieben Mitglieder des Konsumvereins. Das mußte gerochen werden. Unter Führung ihres allzeit mutigen Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Jeß, faßten sie nun mit 167 gegen 46 Stimmen den weiteren Beschluß, daß Mitglieder, die sich weigern, aus dem Konsumverein auszutreten, aus dem Kriegerverein auszuschließen seien. Einzelne Mitglieder des Konsumvereins wurden denn auch ausgeschlossen, während man bei anderen, von denen man nichts Genaues wußte, zunächst die Fühlhörner ausstreckte. Man sandte ihnen ein Schreiben, in dem es eingangs hieß: „Dem Vorstand des Kriegervereins ist die Mitteilung zugegangen, daß Sie zurzeit noch Mitglied des Lübecker Konsumvereins sind." Von 30 in Frage kommenden Mitgliedern wurden schließlich insgesamt 11 ausgeschlossen; gegen die anderen konnte man nicht vorgehen, weil der Kriegervereinsvorstand nach seiner eigenen Angabe infolge mangelhafter Mitgliederlisten nicht wußte, wer denn von den Mitgliedern mit gleichen Namen der „Übeltäter" sei. Also ließ man sie ungeschoren. Nun hätten sicherlich die Ausgeschlossenen die Mitgliedschaft im Kriegerverein verschmerzen können; ihnen lag nur daran, auch fernerhin noch Mitglied der Unterstützungs- und Sterbekasse des Kriegervereins, an der sie durch jahrelange Mitgliedschaft Anrechte erworben hatten, zu bleiben. Das wollte aber der Vorstand des Kriegervereins nicht; er erklärte, daß sie auch aus der Kasse ausgeschlossen seien. Diese durch nichts begründete Haltung des Vorstandes führte zur Klage der Ausgeschlossenen gegen den Vorstand. Genosse Sauer vertrat die Kläger. Er lehnte zunächst den Amtsgerichtsrat — weil Mitglied des Kriegervereins — mit Erfolg als befangen ab. Krampfhaft bemühte sich der Rechtsanwalt Jeß als beklagtischer Anwalt, den Nachweis zu liefern, daß der Konsumverein sozialdemokratisch sei. Das alles aber nutzte nichts. Die Kläger bekamen recht und das Gericht stellte in seinem Urteil fest, daß die Kläger aus der Kasse zu Unrecht ausgeschlossen seien. Die tapferen Krieger sollen ob dieses Urteils einfach paff sein und der Dame Justitia bereits die Freundschaft gekündigt haben. Hoffentlich ziehen sie nun nicht auch noch gegen diese zu Felde. — Ein steuerliches Ausnahmegesetz gegen den Konsumverein. Der löbl. Magistrat unserer Stadt mag keinen Konsumverein leiden, doch seine Steuern nimmt er gern. Und um das vor aller Welt zu dokumentieren, hat er das Einkommensteuergesetz dahin geändert, daß der Konsumverein fortan recht viel Kies an die Stadtkasse abladen soll. Getreu den Anweisungen der „edlen" „Volks"vertreter im obotrischen Landtage hat er einfach dekretiert, daß 10 Prozent des Umsatzes vom Konsumverein als Einkommen zu betrachten und demgemäß zu versteuern seien. Nun weiß jeder, der sich einmal mit dem sogen. „Einkommen" eines Konsumvereins beschäftigt hat, daß es solches gar nicht gibt und daß, soweit der Reingewinn in Frage kommt, dieser einschließlich Rabatt — den wir eigentlich garnicht als Reingewinn bezeichnen können — im günstigsten Falle 4—5 Proz. des Umsatzes ausmacht. Beim Lübecker Konsumverein beträgt er 4.65 Proz. Unter solchen Umständen ist die dekretierte Steuer ein steuerliches Ausnahmegesetz gegen die genossenschaftlich organisierten Konsumenten, gegen das entschiedener Protest erhoben werden muß. Das hat denn auch die hiesige Arbeiterschaft in wirkungsvoller Weise getan. In einer von mindestens 450 Personen besuchten Volksversammlung im „Gasthof zur Börse" wurde vom Referenten, Gen. Stelling-Lübeck, dieses Vorgehen des Magistrats in das richtige Licht gerückt, bei welcher Gelegenheit er natürlich nicht verfehlte, sich auch mit dem „Erfolg" des Kriegervereins zu beschäftigen. Nachdem die Genossen Henze-Lübeck und Sauer in der Diskussion die Ausführungen des Referenten ergänzt hatten, gelangte eine scharfe Protestresolution gegen die Ausnahme-

euer zur Annahme. Auf unsere „Freunde“ in Grevesühlen aber trifft auch das bekannte Wort zu: Sie sind n Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch as Gute schafft.

Schwerin. Eisenbahnunfall. Amtlich wird geeldet: Montag abend fuhr auf dem Bahnhof Kargow ach 6 Uhr der aus der Richtung Neustrelitz kommende Bearfsgüterzug unter Außerachtlassung des auf Halt stehenden ignals in einen nach Neubrandenburg ausfahrenden Güterg. Personen wurden nicht verletzt. Der Materialschaden t nicht unerheblich. Der Betrieb wird durch Umsteigen aufchterhalten. Die Nachtschnellzüge L 15 und L 16, Berlin—openhagen, wurden über Neubrandenburg geleitet. Die soert eingeleiteten Aufräumungsarbeiten wurden so gefördert, ß der durchgehende Betrieb in der Richtung von und nach eustrelitz morgens wieder aufgenommen wurde; für die ichtung Neubrandenburg wurde der Verkehr durch Umeigen aufrechterhalten. Eine Untersuchung ist eingeleitet orden.

Kiel. Die Kreisorganisation des 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreises (Kiel-Rendsburg-Neumünster) tagte am letzten Sonntag in Kiel. us dem Geschäftsbericht des Parteisekretärs sei erwähnt: ie Mitgliederzahl stieg von 15 168 auf 15 885. Von den 15 885 Mitgliedern sind 3331 weibliche. Die Zahl der Abonnenten der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ stieg im Kreise von 18 427 auf 19 003. Die Kommunalwahlen brachten den Erfolg, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten um 10, der sozialdemokratischen Gemeindevertreter um 6 stieg. Im ganzen sind jetzt im Kreise 24 sozialdemokratische Stadtverordnete in Kiel, 3 in Neumünster und einer in Preetz, und in 17 Gemeindevertretungen 34 Genossen vorhanden. Das finanzielle Ergebnis des Berichtsjahres ist günstig. Sehr viel wurde auch für das Bildungswesen getan. In Kiel allein wurden rund 7000 Mk. dafür ausgegeben. Die Zentralbibliothek der Kieler Partei und der Gewerkschaften zählt jetzt in fünf Ausgabestellen über 8000 Bände. — In der regen Aussprache über den Geschäftsbericht wurde eine Fülle von Anregungen für die weitere Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen gegeben. Es soll auch versucht werden, Kurse für sozialdemokratische Gemeindevertreter einzurichten. Der Parteitag in Jena soll durch fünf Delegierte beschickt werden; darunter soll eine Genossin sein.

Bremen. Nach der Mordtat des Oberlehrers Schmidt in der Marienschule in Bremen sind noch mehrfach beunruhigende Gerüchte aufgetaucht. Die Polizeidirektion hat diese nachgeprüft und gibt auf Grund dieser Nachprüfungen folgendes bekannt: 1. Der Täter, Oberleherer Schmidt, ist zweifellos geisteskrank. Er befindet sich in sicherem Gewahrsam. Die von ihm gekauften Waffen, mit der gesamten Munition und das bei ihm vorgefundene Geld sind ihm abgenommen. 2. Eine Mittäterschaft anderer Personen an der Bluttat ist vollständig ausgeschlossen. 3. Der Polizeidirektion war nicht bekannt, daß Schmidt sich vorher mit Waffen und Munition versehen hatte. Schmidt war bis zu dem Attentat der Polizeidirektion vollständig fremd. Die Polizeidirektion gibt sich der Hoffnung hin, daß diese Mitteilungen dazu dienen, die Bevölkerung zu beruhigen und glaubt die Akten über den beklagenswerten Vorfall schließen zu können.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote“**

Fort mit Waschbrett und Bürste!

Sie schaden damit nur Ihrer Wäsche.

Viel bequemer, billiger und besser

waschen Sie mit Persil. Die Wäsche wird damit blendend weiss, frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.

Ueberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

Persil das selbsttätige **Waschmittel** Der grosse Erfolg!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten **Henkel's Bleich-Soda.**

Vertreter: Albert Diedrich, Lübeck, Moislinger Allee 86. 5335

Ein Sieg der deutschen Industrie!

LUPA Cigaretten

2 Pfg. das Stück

Oriental. Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Yenidze, Dresden — Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

4896

Bekanntmachung.

Die Oberschulbehörde hat beloſſen, die Schulhöfe der Marienabenſchule, der Burg-Mädchenule und der Dom-Knabenſchule r dieſes Sommerhalbjahr verchsweiſe der Jugend zum Spielen eizugeben; es iſt dabei vorzugseiſe an die kleineren Kinder gecht. Die Höfe werden während r Sommerferien, alſo bis zum Auguſt, werktäglich von 8 bis Uhr und von 2 bis 7 Uhr, ſpäter erktäglich nur von 2 bis 7 Uhr öffnet ſein. Eine beſondere Aufht kann von der Schulverwaltung cht geſtellt werden. Es iſt aber ſtattet, daß die die Schulhöfe beutzenden Kinder von Aufſichtserſonen begleitet werden, ſeien es tere Geſchwiſter oder Erwachſene. ür den Fall, daß die Höfe andereitig gebraucht werden oder daß h Unzuträglichkeiten ergeben, beält die Behörde ſich vor, die Einchtung jederzeit zu beſchränken oder anz wieder aufzuheben. (5340

Lübeck, den 5. Juli 1913.

Die Oberſchulbehörde.

Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

und deren Kolporteure.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks

empfehlen 882

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:

Moislinger Allee 60.

Die Entwöhnung der Kinder im Sommer ist schwieriger als in anderer Jahreszeit, weil durch den Uebergang zur Kuhmilch dann unter Einwirkung der Hitze sehr oft Magen- und Darmstörungen verursacht werden. Man gibt die Kuhmilch deshalb am besten zuerst mit einer dünnen Suppe von „Kufeke“ vermischt, wodurch sie leichter verdaulich gemacht und ihr Nährwert erhöht wird. Durch die Ernährung mit „Kufeke“ erzielt man eine geregelte Verdauung, den besten Schutz gegen die sogenannten Sommererkrankungen. (5336

Verkauf 5341

lebender Butt

Stieg Mk. 1.00

am Donnerstag, dem 10. Juli 1913

vormittags von 8 Uhr ab an der

Holstentorbrücke.

Dohle zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preis unter K W an die Exp. d. Bl. (5342

Nehme noch Damen im Abonnement E. Walter, Friseuse. 5338) Wahmstraße 28.

Glasscheiben

aller Art billigst, auch im einzelnen. Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4.46 an. Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl. Hüxtertor-Allee 13. — F. 808. (405

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

1) Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinrichtungen stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Habe rate Lubeca-Rabattmarken.

Zentral-Hallen

Dankwartsgrube 20.

Jeden Donnerstag:

Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr.

2) Ende 12 Uhr.

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Donnerstag, den 10. Juli 1913: Der Operettenschlager FILMZAUBER.

Erlebte kürzlich in Berlin das Jubiläum der 250. Aufführung.

Freitag, den 11. Juli 1913: Der Hüttenbesitzer.

In Vorbereitung die Novität von Otto Ernst: Die Liebe hört nimmer auf, zum Benefiz für Frl. Selma Wuttke.

5343) Anfang stets 8¼ Uhr.

Unsere Gesellschaftsspiele

haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der beste Zeitvertrieb für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.

Preis 60 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.80.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Gesucht einige Männer zum Dirschenpflücken (5345 Kahlhorststraße 36.

Gut möbliertes Zimmer zu vermieten. 339) — Wallenhoffstraße 19, I.

Ein einfach möbliertes Zimmer zu vermieten. 337) Kaiserstraße 3.

Zum 1. Oktober eine abgeschloſſ. freundl. Zwei-Zimmer-Wohnung, Sonnenseite, zu vermieten. 340) Näheres Kolk 18, III.

„Zum roten Löwen“.

Zonengrenze der Straßenbahn Linie 9.

Heute und Sonntag:

Großes Vogelschießen mit Tanzkränzchen.

Hierzu ladet freundlichst ein

Robert Mihr.

5344

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 158. Mittwoch, den 9. Juli 1913. 20. Jahrg.

Meineidsverdächtigungen.

Die Angst vor der wachsenden Macht der Sozialdemokratie läßt unsere Gegner nach jedem Strohhalm greifen, der vor der roten Gefahr retten könnte. Kein Mittel ist da zu schlecht, keine Verdächtigung zu niedrig genug, wenn sich an sie nur die Hoffnung knüpfen läßt, daß die bisher unserer Agitationsarbeit noch nicht zugänglich gewesenen Massen stutzig gemacht werden könnten. Die vollendete Gewissenlosigkeit etlicher auf Staatserhaltung abgerichteter Blätter tritt anläßlich des Meineidsprozesses gegen unsere Parteigenossen Hoffmann, Weichelt und Osterroth ans Licht. Noch ist über die Einzelheiten der Angelegenheit nichts als die meist oberflächlichen Preßberichte bekannt, noch weiß man nicht, ob der in Schweidnitz verhandelte Fall für die preußische Justiz nicht ähnliche Schlüsse zuläßt, wie der Essener Meineidsprozeß von 1895, und schon ist das Organ der Rüstungskorruption, die „Post", mit Pauken und Trompeten dabei, über den Meineid im Interesse der sozialdemokratischen Partei als Kampfesmittel das Erforderliche ins Feld zu führen. Bei solcher von Parteihaß eingegebenen Frivolität ist denn doch wohl die Frage angebracht, wer am ehesten der Meineidsverdächtigung gegenüber Stich halten kann, die Sozialdemokratie oder die Männer der Ordnung.

Die Verdächtigung, daß die Sozialdemokratie im Parteikampfe auch vor dem Mittel des Meineids nicht zurückschrecke, datiert ja nicht erst von gestern, vielmehr gehört sie zu den alten Ladenhütern der Gegner. Unter dem Sozialistengesetz suchte u. a. der Staatsanwalt Martin in Posen und einige Jahre später der Staatsanwalt Romen in Hamburg mit diesem Argument in amtlicher Eigenschaft den Staat zu retten. Sogar ein Richter fand sich, der in öffentlicher Sitzung die Behauptung aufstellte, daß die sozialdemokratische Partei ihren Anhängern empfohlen habe, in allen Fällen, in denen das Interesse eines der Ihrigen vor Gericht in Frage komme, Meineide zu schwören, um den Angeklagten zu entlasten. Als dann aber der sozialdemokratische Parteivorstand dies Organ der Rechtspflege, den Landgerichtsdirektor Schmidt in Breslau, im September 1892 um Beweise für seine Behauptung anging, zeigte er sich hierzu außerstande. Ebenso lag es selbstverständlich in allen anderen Fällen, in denen diese oder ähnliche Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie laut wurden.

Unter solchen Umständen muß man doch untersuchen, ob erstens unsere Gegner in der Eidesfrage so rein und lauter dastehen, daß sie nach Herzenslust die Sozialdemokratie grundlos schmähen können und ob zweitens unser ganzes Eidesverfahren vor Gericht nicht derart bedenklich ist, daß seine Reform ebenso nottut, wie die vor einigen Tagen von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit Nachdruck geforderte Reform des Militärstrafgesetzbuches. Was das erste Bedenken betrifft, so erinnern wir nur daran, daß die im öffentlichen Leben stehenden Stützen der Ordnung, die mit dem Eidesparagraphen in Konflikt gekommen sind, in immerhin nennenswerter Zahl vorgeführt werden können. Nicht nur, daß in den berüchtigten Mißhandlungsprozessen dieser oder jener Schutzmannseid von sehr bedenklicher Qualität war, haben auch politische Führer der konservativen Partei es mit dem Schwur nicht allzu genau genommen. Wir führen an, daß im Oktober 1908 der frühere konservative Reichstagsabgeordnete v. Herder vom Landgericht Freiberg in Sachsen wegen fahrlässigen Falscheides zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde und daß am 6. Januar 1913 die Strafkammer Dessau den konservativen Landtagsabgeordneten Meißner aus Jonitz wegen Meineides zu einem Jahre Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilte. Es sei weiter der Fall des Referendars Lorenz genannt, der am 7. Juli 1906 in Leipzig wegen Meineids und Verleitung zum Meineid auf 4 Jahre und 3 Monate ins Zuchthaus gesandt wurde; auch verdienen Erwähnung die in Berlin 1908 erfolgte Verurteilung des Schriftstellers Riedel und nicht zum wenigsten die berüchtigte Meineidsaffäre des Fürsten Eulenburg.

Nun mag man einwenden, daß dies nur Einzelfälle seien und daß im Gegensatz zu den unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Volksschichten der staatserhaltende Teil der Bevölkerung es mit der Heiligkeit des Eides noch ernst nehme. Auch dieser Einwand ist hinfällig. Die Statistik lehrt, daß die unter „staatserhaltendem" Einfluß stehenden Schichten ihr reichliches Teil zu den wegen Meineids Verurteilten stellen, und recht stattlich an Zahl sind die Fälle, wo Richter gerade in Gegenden, die auf ihre Frömmigkeit sich etwas zugute tun, eindringlich auf die Ausbreitung der Meineidspest hinweisen. Im Oktober 1912 richtete der Vorsitzende des Schwurgerichts Trier an die Zeugen in einer Meineidssache folgende Ansprache:

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß gewisse Orte in der Nähe Ihres Wohnsitzes sich auszeichnen durch eine besonders große Zahl von Meineiden und deshalb in einem üblen Ruf stehen. Hier in Trier, wo man annehmen sollte, daß im Lande Religion herrscht, kommen mehr Meineide zur Verhandlung als z. B. in der großen Stadt Köln. Das ist ein sehr böses Zeichen."

Wir erinnern ferner an den Staatsanwalt Krause-Mannheim, der im Sommer 1911 den frommen Bewohnern von Königshofen recht unerfreuliche Dinge zu sagen hatte. Nach dem „Tauber- und Frankenboten", einem Zentrumsblatt, hat der Staatsanwalt Krause bei einem Prozeß, bei dem über die zahlreichen Brandfälle in Königshofen verhandelt wurde, gesagt:

„Es ist in jener Gegend üblich, daß, wenn man einen Meineid geschworen, oder einen Brand gelegt hat, den lieben Gott als Zeugen anruft, daß man es nicht gerne getan hat." — Ferner: „. . . Wie irgend jemand wo anders eine Beleidigung durch eine Ohrfeige sühnt, so zündet man in Königshofen des Beleidigten Heu an und ruft, wie dort üblich, den lieben Gott an."

Noch ein Fall: Vor mehreren Jahren hielt ein bayerischer Amtsrichter, Herr Dr. Dosenheimer, einen Vortrag über den Eid und erwähnte aus seinen Erfahrungen im stockkatholischen Oberbayern, wo die Leute noch sehr abergläubisch sind, daß gerade dort sehr viele Meineide geschworen würden. Unter anderem werde dort der sogenannte „kalte Eid" sehr häufig von den eidesschwörenden Bauern praktiziert, bei dem der Schwörende, während er die Rechte erhebt, die Linke nach unten richtet. Nach der Ansicht der abergläubischen Bauern würde auf diese Weise die Wirkung des Meineides abgelenkt.

Wir denken, daß diese Beispiele genügen. Aber wir wollen nicht ungerecht sein. Wohl ist uns bekannt, daß die an deutschen Gerichten herrschende Verteidigungspraxis zu manchem Falscheid verleitet hat, und in dieser Hinsicht sei bemerkt, daß es gerade die „Post" war, die am 3. Juli 1908 ein Gutachten des Berliner Universitätsprofessors Dr. Georg Simmel veröffentlichte, worin es hieß, es dürften in den Fällen, wo das Recht die Verweigerung der Aussage oder ihrer Beeidigung einräume, von vornherein keine Fragen an den Zeugen gestellt werden, bei denen eine der möglichen Antworten ihn rechtlich oder außerrechtlich nach den gesellschaftlich gültigen Begriffen belasten würde, also die Verweigerung der Aussage einer in der Sache ganz unzweideutigen Aussage gleichkomme. Und am 5. Februar 1913 schrieb ein anderer konservativer Schriftsteller, Richard Nordhausen, im „Tag": „Der Eid ist die Eselsbrücke zur Erlangung leichter Urteile, er ist aber auch eine unerhört schlimme Versuchung, zumal für den irgendwie voreingenommenen Zeugen, und im letzten Grunde so unsittlich, wie er irreligiös, unchristlich, mit dem strengen Gebot des Heilands unvereinbar ist."

Doch was bedeuten diese, gerade von staatsstützender Seite hervorgehobenen Bedenken, wenn es der Sozialdemokratie eins zu versetzen gilt? Dann verschwindet automatisch jegliche Moral und nur die Grundsätze politischen Zuhältertums bleiben übrig. In ihrem blinden Parteihaß ahnen die Ordnungsstützen nicht, daß eine solche Raufmanier zwar nicht den Angegriffenen, wohl aber den Angreifer der öffentlichen Verachtung preisgibt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der Merseburg-Querfurter Kreisverein hat die Zahl der männlichen Mitglieder von 2342 auf 2564, die der weiblichen von 372 auf 468, also insgesamt um 318 gesteigert. Gewerkschaftlich Organisierte wurden 6560 gezählt. Die Zahl der Abonnenten der Parteiblätter ist um rund 200 auf 3900 gestiegen. Im Kreise wurden 53 sozialdemokratische Gemeindevertreter, 9 Stadtverordnete, 3 Bildungs- und 9 Jugendausschüsse, ferner 33 zur Verfügung stehende Lokale in den 21 Distrikten gezählt. Politische und gewerkschaftliche Vergehen brachten 4 Monate 8 Tage Gefängnis und 372,95 Mk. Geldstrafen und Kosten. Ein nach der Reichstagswahl eingeleiteter Meineidsprozeß wurde niedergeschlagen. — Der am Sonntag abgehaltene Kreistag setzte eine neben dem Vorstand arbeitende Agitationskommission ein, und schaffte Grundlagen für eine systematische Zeitungsagitation. — In seinem Referat über den deutschen Parteitag forderte Gen. Pollender unter allseitiger Zustimmung, daß der Kampf ums preußische Wahlrecht auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt wird. Er betonte weiter, die Kritik an der Haltung der Reichstagsfraktion und der Ruf nach dem Massenstreik zeige deutlich, daß die Genossen im Lande allgemein auf eine Verschärfung unserer Kampfestaktik hindrängen. — Der zweite braunschweigische Reichstagswahlkreis (Wolffenbüttel-Helmstadt) hielt am 6. Juli in Königslutter eine Jahreskonferenz ab. Der Geschäftsbericht ergab, daß die Mitgliederzahl um ein Geringes, auf 1161 zurückgegangen war. Weibliche Mitglieder waren 127 vorhanden. Die Zahl der „Volksfreund"-Leser stieg auf 1876. Bei den Kommunalwahlen hatten wir einen Zuwachs von drei neuen Vertretern. Insgesamt verfügt die Partei über 19 Sitze in den Gemeindeparlamenten. Kreisvorsitzender wurde Genosse Scheerle-Wolffenbüttel, Reichstagskandidat Genosse Rieke-Braunschweig.

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

(25. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Also . . . ich liebe ein Mädchen, das 30 000 Fr. Mitgift mehr besitzt, wie ich, und das ist in unseren Zeiten gerade so, als wollte ich die Kaiserin von China heiraten. An ihren 30 000 Fr. liegt mir nicht mehr als an einem Strohhalm. Ich kann sogar sagen, ich möchte sie auf den tiefsten Grund des Meeres versenken, denn sie allein trennen uns. Doch nie haben Hindernisse die Liebe Vernunft annehmen lassen, und ich mag noch so bettelarm sein — ich bin in sie verliebt . . . nur die Liebe habe ich im Kopf, und wenn Ihre Dame mir nicht behilflich ist, wie sie es mich hat hoffen lassen, so bin ich verloren . . . ich bin fähig . . . ach, ich weiß nicht, wozu ich fähig bin . . ."

Und während er dies sagte, ging in dem gewöhnlich heiteren Gesicht des Müllers eine so tiefe Veränderung vor sich, daß Lemor von der Kraft und Aufrichtigkeit seiner Leidenschaft betroffen war.

„Nun wohl," sagte er herzlich, „wenn Sie ja die Protektion einer so guten und aufgeklärten Dame besitzen . . . . so rühmt man ihr wenigstens nach . . ."

„Ich weiß nicht im geringsten, was man ihr nachrühmt," antwortete Ludwig, ungeduldig über die hartnäckige Zurückhaltung des jungen Mannes. „Ich . . . ich weiß, was ich denke, und sage Ihnen, diese Frau ist ein himmlischer Engel. Um so schlimmer für Sie, wenn Sie es nicht wissen . . ."

„In diesem Falle," sagte Lemor, der sich von diesen Marcella erwiesenen Huldigungen innerlich besiegt fühlte, „wo wollen Sie hinaus, mein lieber Herr Ludwig?"

„Ich will es Ihnen sagen . . . Als ich sie sah, diese Frau, so gut, so ehrbar und mit einem so reinen Herzen, das mir seine Gunst zuwandte und mir noch Hoffnung machte, als ich schon alles verloren glaubte — als ich sie so sah, klammerte ich mich plötzlich an sie . . . und für immer. Die Freundschaft kam mir wie die Liebe in den Romanen — wie ein Blitz . . . Und jetzt möchte ich dieser Frau im voraus alles Gute vergelten, das sie mir zu erweisen die Absicht hat. Ich möchte, daß sie glücklich sei, wie sie es verdient . . . glücklich in ihren so liebevollen Gefühlen, denn nur diese ehrt sie auf der Welt, während sie das Vermögen verachtet . . . Daß sie glücklich sei in der Liebe eines Mannes, der sie nur um ihrer selbst willen liebte und sich nicht damit beschäftigte, den Rest eines Reichtums zu berechnen, den sie so fröhlich verliert, und der nicht nur daran dächte, sich zu vergewissern, was sie besitzt oder nichtbesitzt . . . um zu der Erkenntnis zu kommen, ob er sich ihr nahen darf oder sie fliehen muß . . . . sie zweifellos vergessen muß, um zu versuchen, ob sein hübsches Gesicht eine andere einträglichere Eroberung machen kann, denn schließlich . . ."

Lemor unterbrach den Müller.

„Welch einen Grund haben Sie denn," sagte er erbleichend, „zu fürchten, diese Dame habe ihre Herzensgefühle so schlecht angebracht? Wer ist dieser Feigling, in dessen schmutziger Seele Sie so schändliche Berechnungen vermuten?"

„Davon weiß ich nichts," versetzte der Müller, der Heinrichs Unruhe und Verwirrung aufmerksam beobachtete — er wußte noch nicht, ob er sie der Entrüstung eines guten Gewissens zuzuschreiben habe oder der Scham, sich erraten zu sehen. „Alles, was ich weiß — vor ungefähr vierzehn Tagen kam ein junger Mann in meine Mühle, dessen Aussehen und Manieren sehr anständig erschienen, der mir jedoch vorkam, als sei er von Sorgen bedrückt. Und plötzlich begann er von Geld zu sprechen, stellte Fragen und machte Notizen und rechnete schließlich auf einem Blatt Papier auf Heller und Pfennig aus, daß der Dame von Blanchemont noch ein ganz hübscher Rest von ihrem Vermögen verbliebe."

„Sie glauben nun wirklich, dieser Bursche sei bereit, ihr nur in dem Falle seine Liebe zu erklären, wenn die Heirat ihm vorteilhaft erschiene? . . . Dann war es ein erbärmliches Subjekt. Aber um es so genau erraten zu haben, muß man selbst . . ."

„Vollenden Sie, Pariser, und genieren Sie sich nicht!" sagte der Müller, dessen Augen Blitze sprühten. „Wir sind ja hier, um uns auszusprechen!"

„Ich sage," fuhr Lemor nicht weniger gereizt fort, „ich sage . . . um das Benehmen eines Mannes so zu deuten, den man nicht kennt und von dem man nichts weiß, muß man selbst in die Mitgift seiner Angebetenen sehr verliebt sein."

Die Augen des Müllers erloschen und über seine Stirn huschte es wie ein Schatten . . .

„O . . ." sagte er mit trauriger Stimme, „ich weiß sehr wohl, wie gut man das sagen kann, und ich wette, daß viele es auch sagen würden, wenn es mir gelänge, ihre Liebe zu mir zu erwecken . . . Aber ihr Vater braucht sie nur zu enterben, was sicherlich auch geschehen würde, wenn sie mich liebte, und man wird sehen, ob ich es an den Fingern abzähle, was sie verloren haben wird."

„Müller!" sagte Lemor in kurzem, freien Tone, „ich klage Sie nicht an. Ich will Sie nicht verdächtigen. Aber wie kommt es, daß Sie in Ihrer Ehrlichkeit das Wahrscheinlichste und Ihrer Würdigste nicht geahnt haben?"

„Was die Gefühle des jungen Mannes erklären könnte, wäre sein späteres Benehmen. Wenn er entzückt zu einer teuren Dame eilte! . . . Dann wollte ich nichts sagen, aber wenn er zum Teufel geht, ist die Sache anders."

„Man müßte annehmen," antwortete Lemor, „daß er seine Liebe als unsinnig betrachtet und sich nicht einer Weigerung aussetzen will."

„Ah, ich fange Sie!" rief der Müller. „Da beginnen die Lügen von vorn. Ich weiß bestimmt, daß die Dame glücklich ist, ihr Vermögen verloren zu haben . . . daß sie den mutigen Entschluß gefaßt hat bei dem völligen Ruin ihres Sohnes. Und alles dies, weil sie irgend jemand liebt, den zu heiraten man ihr ohne alle diese Katastrophen vielleicht als ein Verbrechen angerechnet hätte."

„Ihr Sohn ist ruiniert?" fragte Heinrich erhebend. „Völlig ruiniert? Ist es denn nur möglich? . . . . Aber sind Sie dessen sicher?"

„Sehr sicher, mein Lieber", antwortete der Müller spöttisch. „Sie, die sie als Vormund während langer Jahre seiner Minderjährigkeit die Zinsen eines großen Kapitals mit einem Geliebten oder einem Gatten hätte teilen können, hat jetzt nichts als Schulden zu bezahlen — so viel Schulden, daß es, wie sie mir gestern abend sagte, ihre Absicht ist, ihr Kind irgend ein Handwerk erlernen zu lassen, womit es sich durchs Leben schlagen soll."

Heinrich hatte sich erhoben. Erregt ging er in dem kleinen Hofe auf und ab, und der Ausdruck seines Gesichts war undefinierbar. Ludwig ließ ihn nicht aus den Augen — er fragte sich, ob er sich auf dem Gipfel des Glücks oder in dem tiefsten Abgrunde getäuschter Hoffnungen befände . . . .

„Sehen wir zu", sagte er sich. „Ist dies ein Mensch wie sie und ich, die wir das die Liebe schändende Geld hassen, oder noch eher ein Intrigant, der sich ihre Liebe erschlichen mit Hilfe irgendwelcher Hexerei, und dessen Ehrgeiz es auf etwas Höheres abgesehen, als auf den Genuß des kleinen Einkommens, das ihr noch bleibt?"

Ludwig hielt es für eine Ehrensache, Marcella eine große Freude zu bereiten oder sie von einem Treulosen zu befreien, indem er ihm die Maske vom Gesicht riß — nachdem er einige Augenblicke geträumt, fiel ihm eine Kriegslist ein.

„Nun, mein Lieber", sagte er mit sanfterer Stimme, „Sie sind verstimmt! Aber es ist ja nichts Böses dabei. Jeder ist nicht romantisch veranlagt, und wenn Sie etwas Eitles für Wirklichkeit gehalten, so ist es Ihnen nur ergangen wie allen Menschen unserer Zeit. Sie sehen also, daß ich Ihnen einen gar nicht so schlechten Dienst erwiesen habe, indem ich mich mit Ihnen erzürnte. Ich habe Ihnen zu wissen gegeben, daß die Witwe auf dem Trocknen säße. Ohne Zweifel rechneten Sie darauf, Vorteile aus der Vormundschaft des jungen Erben zu ziehen, denn Sie wußten wohl nicht, daß die famosen dreihunderttausend Franks nur eine letzte — ein vollständige Illusion der Witwe waren . . . . .?"

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Prägereiarbeiter und -Arbeiterinnen! In Dresden und Umgegend haben die Arbeiter der Plakatprägereien den bestehenden Tarif gekündigt und einen neuen Entwurf eingereicht. Ein Teil der Prinzipale ist anscheinend nicht geneigt, die Forderungen wohlwollend zu berücksichtigen. Außer Nichtbeantwortung des in der höflichsten Form gehaltenen Schreibens der Tarifkommission hat man schon jetzt mit Entlassungen gedroht resp. Kündigungen ausgesprochen, teilweise wird auch den Arbeitern gegenüber eine verletzende Nichtachtung an den Tag gelegt. Es ist anzunehmen, daß größere Differenzen entstehen und die Unternehmer anderweitig Arbeitskräfte anlocken werden, deshalb erwartet die Organisation von allen in Betracht kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen, daß sie auf der Hut sind und vor Arbeitsannahme nach Dresden und Umgegend genaue Erkundigungen einziehen beim Deutschen Buchbinderverband: Dresden-Altstadt, Kaulbachstraße 16.

Brauereiarbeiterstreik in Lauenburg in Pommern. Am 5. Juli haben die Brauereiarbeiter in Lauenburg die Arbeit niedergelegt, weil die Brauereibesitzer sich weigerten, zu verhandeln. Nach zweitägigem Streik kam mit der Klosterbrauerei eine Einigung und ein Tarifvertrag zustande. Der Besitzer der Feldschlößchen-Brauerei dagegen hat sich eine Anzahl Sträflinge als Rausreißer zuweisen lassen. Hiergegen ist Beschwerde an zuständiger Stelle erhoben worden.

Streik der Handschuhnäherinnen im Erzgebirge. In Johann-Georgenstadt haben dieser Tage 500 Handschuhnäherinnen die Arbeit eingestellt, weil die Fabrikanten ihre Forderung nach einer geringen Lohnzulage abgelehnt hatten. Die Zahl der streikenden Näherinnen ist auf nahezu 1000 angewachsen. Fast sämtliche Arbeiterinnen in der Branche sind organisiert. Den wenigen arbeitswilligen Näherinnen suchen die Behörden Mut zum Streikbruch dadurch zu machen, daß sie den § 153 der Gewerbe-Ordnung im Wortlaut zur öffentlichen Kenntnis bringen. Die Löhne sind seit 20 Jahren nicht erhöht, sondern noch reduziert worden. Die Stimmung unter den Streikenden ist die denkbar beste, ihre Haltung ausgezeichnet. Der Streik greift auch auf das angrenzende böhmische Gebiet über.

Es geht auch anders. Wenn die Arbeiter gezwungen sind, Forderungen zu stellen und diese letzten Endes vermittelst des Streiks durchzusetzen, klagen die Unternehmer fast stets, daß sie nicht in der Lage sind, den Forderungen der Arbeiter nachzukommen; sie würden ruiniert, sie geben bar Geld dabei zu, sie müssen ihre Betriebe schließen. Wie wenig berechtigt solche Klagen sind, zeigt wieder folgender Fall: Bei der Firma A. Wagener in Küstrin streiken bereits in der zweiten Woche die Former und Gießereiarbeiter. Die Firma hatte für die Putzerei ein Sandstrahlgebläse eingerichtet und verkürzte daraufhin die Akkordpreise der Putzer kurzerhand um 33 Proz. Trotzdem die Einrichtung nur mangelhaft funktionierte und der Nutzen für die Putzer ein geringer war, wollten sie sich einen Abzug von 16—18 Proz. gefallen lassen. Der von der Firma festgesetzte Abzug bedeutete aber für die Arbeiter einen wöchentlichen Lohnausfall von 3 bis 4 Mk. Auch bei den Formern wurden Abzüge gemacht, wie sie sonst wohl nirgends in dieser Form und Höhe üblich sind. Auf mehrmaliges Vorstelligwerden der Arbeiter gab die Firma die Antwort, es müsse bei dem Abzug von 33 Proz. bleiben. Auch dem Vertreter der Organisation wurde die gleiche Antwort. Die unausbleibliche Folge war der Streik. Seit Donnerstag hat die Firma nun eine Arbeitswilligenkolonne aus Berlin engagiert. Ein Former und Agent Karl Boy (früher in Berlin, Landsbergerstraße wohnhaft) soll der Häuptling dieser Kolonne sein, deren Mitglieder u. a. die in Formerkreisen bekannten Zeterberg und Karl Koch. Nun beachte man die Bedingungen, welche die Firma mit den Arbeitswilligen eingegangen ist: Die streikbrechenden Former erhalten pro Woche 40 Mk., die Kernmacher und Putzer 36 und die Hilfsarbeiter 30 Mk. Lohn. Dazu freie Kost und Logis, sowie täglich drei Flaschen Bier. An den Gießtagen werden außerdem noch auf Fabrikunkosten zwei Kasten Bier spendiert. Die Beköstigung ist nach den der Metallarbeiterorganisation vorgelegten Proben ganz vorzüglich. Die Streikenden mußten erklären, daß sie sich solches Frühstück, wie die Firma den Arbeitswilligen liefert, nicht leisten können, dazu langen ihre Verdienste nicht. Als am zweiten Tage die Brötchen nicht mehr geschmiert und das Frühstück nur mit Bratwurst belegt werden sollte, drohten die Arbeitswilligen mit Rebellion. Wohl oder übel mußte es bei der guten Verpflegung bleiben. Gegenüber den jetzt von der Firma gezahlten Löhnen, die einschließlich der Beköstigung usw. die bisherigen Verdienste der streikenden Former weit über ein Drittel, die der anderen Streikenden sogar über die Hälfte übersteigen, sind die Leistungen der Arbeitswilligen geradezu jämmerlich. Zehn Former haben in 2½ Tagen das geleistet, was sonst zwei Former in zwei Tagen leisten müssen. Die Qualität der geleisteten Arbeit steht im gleichen Verhältnis zu der Quantität. Ein Quantum Arbeit, welches der Firma bisher nicht ganz 30 Mk. gekostet hat, muß jetzt mit über 200 Mark bezahlt werden. Es ist also Geflunker, wenn die Firma behauptet, daß sie die geforderten Preise nicht zahlen kann. Den Arbeitern aber werden die Augen geöffnet, denn sie sehen, es geht auch anders.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Militärgerichtsurteil, das selbst dem Generalkommando zu hart war. Der Grenadier Mücke vom 11. Regiment in Breslau wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er seinem Hauptmann geschrieben hatte, er werde sich wegen einer Arreststrafe das Leben nehmen. Dadurch sollte Mücke den Hauptmann „durch Drohungen zur Aufhebung der Strafe" haben verleiten wollen. Auf Anweisung des Kommandierenden Generals des VI. Armeekorps wurde in diesem von der sozialdemokratischen Presse besprochenen Fall Berufung zugunsten des Verurteilten eingelegt. Das Oberkriegsgericht nahm trotzdem dasselbe Vergehen an und erkannte auf die gleiche Strafe. Der Verhandlungsführer, Oberkriegsgerichtsrat Laub, betonte, es sei dem Oberkriegsgericht nicht leicht gefallen, das Urteil so zu fällen, als es dies tun mußte. — Die sozialdemokratischen Bestrebungen, der Militärjustiz energisch auf den Leib zu rücken, können gar keine bessere Rechtfertigung finden, als sie in diesem Vorgehen und den Aussprüchen der Militärrichter liegen.

Ein schreiendes Gegenstück zum Erfurter Zuchthausurteil. Vor dem Dresdner Kriegsgericht hatten sich wegen gemeinschaftlicher und gefährlicher Körperverletzung unter rechtswidrigem Waffengebrauch und Bedrohung die Vizefeldwebel Neumann und Grünwald vom Grenadierregiment Nr. 101 zu verantworten. Es handelt sich um ein blutiges Rencontre, das die beiden Angeklagten in der Fastnachtsnacht mit einem Zivilisten auf offener Straße hatten. Der Vorgang hatte bereits ein Nachspiel vor dem Dresdener Schöffengericht. Auf Betreiben eines höheren Vorgesetzten hatten die Angeklagten Strafanzeige gegen den von ihnen schwer mißhandelten Zivilisten, Fleischer Raabs, gestellt. Da sich aber dessen Unschuld ergab, mußte er freigesprochen werden. In der Fastnachtsnacht kamen die beiden Angeklagten mit ihren Frauen durch die Tauzienstraße in Dresden, die Frauen gingen mehrere Meter voraus. Ihnen entgegen kam Raabs, dem von einer der Frauen mit einem Scherzartikel im Gesicht herumgefahren wurde, daß die Zigarre aus dem Munde fiel. Der Zivilist hob, ohne ein Wort zu verlieren, die Zigarre wieder auf, aber gleich danach wurde sie ihm abermals aus dem Munde gewedelt! Jetzt stieß er die Frau — es war die des Angeklagten Neumann — zurück und bückte sich nochmal nach der Zigarre. Inzwischen waren die beiden Angeklagten herangekommen, und als sich Raabs noch in gebückter Stellung befand, erhielt er von Neumann einen Säbelhieb ins Gesicht! Als sich R. aufgerichtet hatte, sah er auch Grünwald vor sich stehen, den er beiseite schob, um sich mit dem Angreifer Neumann zu beschäftigen. In diesem Augenblick erhielt R. von Neumann einen zweiten Säbelhieb ins Gesicht. Um weitere Tätlichkeiten mit dem Säbel zu verhüten und die Personalien des Angreifers durch die Säbelnummer festzustellen, versuchte Raabs den Säbel an sich zu reißen, oder ihn solange festzuhalten, bis Polizei zur Stelle war. Nun kam es zu einem scharfen Ringen um den Säbel, wobei Grünwald seinem Kameraden zur Hilfe kam. Als es ihnen dennoch nicht gelang, Raabs den Säbel zu entreißen, schlugen sie — nach der Anklage und den Zeugen — gemeinschaftlich mit den Fäusten auf R. ein. Raabs ließ auch jetzt den Säbel nicht los, und nun rief Neumann dem Mitangeklagten Grünwald zu: „Kamerad, gib mir mal Deinen Säbel, ich schlage den Hund tot!" Obgleich darauf Frau Neumann zu Grünwald sagte, er solle den Säbel nicht geben, ihr Mann sei zu jähzornig, erhielt Neumann den Säbel und versetzte damit dem Zeugen Raabs einen furchtbaren Schlag auf den Handrücken! Gleich darauf gelang es R., mit der Säbelscheide zu entkommen, sie wurde ihm später aber wieder abgenommen. Im Gesicht und an den Händen über und über mit Blut bedeckt, begab sich der Mißhandelte auf die nächste Polizeiwache, wo auch die Angeklagten erschienen und der Tatbestand aufgenommen wurde. Ohne die ganzen Umstände genau und näher zu kennen, stellte sich der diensttuende Schutzmann sofort auf die Seite der Angeklagten und sagte: „Wenn mir das passiert wäre — damit meinte er das Festhalten des Säbels — ich hätte ihn zerhackt!" Raabs hatte bei diesem Renkontre eine schwere Verletzung der rechten Hand erlitten, und das Gesicht war infolge der Säbelhiebe vollständig verschwollen und grün und blau gefärbt; er war drei Tage arbeitsunfähig! Und bei dieser Sachlage besaßen die Angeklagten noch die Kühnheit, den Verletzten wegen seines Verhaltens bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Sie mußten aber gründlich abfallen. Im Anschluß an das freisprechende Urteil mußte nun aber ein Verfahren gegen die beiden „Stellvertreter" eingeleitet werden. Diese stellten in der kriegsgerichtlichen Verhandlung die Sache natürlich zu ihren Gunsten anders dar. Danach soll Raabs eine der Frauen angegriffen und dadurch den Zusammenstoß verschuldet haben. Der Zeuge Raabs schilderte den Vorgang wie oben und seine Angaben wurden durch das Zeugnis eines Freundes in den wesentlichen Punkten unterstützt, insbesondere auch die Aeußerung: „Ich schlage den Hund tot!" bestätigt. Die Ehefrauen wichen in einigen Punkten von dem ab, was sie in der Verhandlung vor dem Schöffengericht ausgesagt haben; auf belastende Momente gaben sie ausweichende Antworten. Bemerkenswert war die Aussage des Schutzmanns. Er will von Beulen, Wunden und bunten geschwollenen Stellen im Gesicht auf der Wache nichts gesehen haben (!!), nur Blutspuren, die „wahrscheinlich" von Nasenbluten herrührten!! Dagegen bekundete der Arbeitgeber Raabs (der R. auch das beste Zeugnis ausstellt), daß dessen Gesicht am folgenden Morgen furchtbar entstellt ausgesehen habe und der junge Mann zur Arbeit nicht fähig war. Die Ehefrauen der Angeklagten blieben wegen ihres verwandtschaftlichen Verhältnisses unvereidet, aber ebenso auch Raabs und dessen Freund wegen — — offenbarer Unglaubwürdigkeit!! Nach langer Verhandlung wurden die Angeklagten freigesprochen! „Nicht erwiesen" seien die Schläge ins Gesicht und die Bedrohung! Die Verletzungen im Gesicht können vielleicht beim Ringen um den Säbel entstanden sein!! Festgestellt sei auch nicht die gemeinschaftliche Körperverletzung! und der Schlag über den Handrücken sei in — — Notwehr geführt!! — Erregte das Erfurter Zuchthausurteil wegen seiner drakonischen Härte, die in gar keinem Verhältnis zu dem begangenen „Verbrechen" stand, ungeheures Aufsehen, so muß dieser völlig unmotivierte Dresdner Freispruch als schwere Verletzung des Rechtsgefühls empfunden werden. Bliebe er bestehen, würde er einen Freibrief für das militärische Rowdietum abgeben, dem dann der friedliche Staatsbürger jederzeit schutzlos preisgegeben wäre. Wir erwarten daher, daß er vom Oberkriegsgericht schleunigst aufgehoben wird. Daß er überhaupt gefällt werden konnte, zeigt, wie sehr der Militarismus die bürgerlichen Rechtsbegriffe schon überwuchert hat.

Genossenschaftsbewegung.

Das Zugabeunwesen, oder die Dummheit wird geprellt. Wer beim Einkauf einer Ware eine Zugabe erhält, kann sich getrost zu den Hereingefallenen rechnen. Jeder Käufer, dem beim Einkauf einer Ware eine Zugabe geboten wird, darf das Gefühl haben, daß er übervorteilt werden soll. Ein Händler, der auf einen Einkauf von 10 bis 20 Mk. einen silbernen Löffel zugibt, muß es sich gefallen lassen, daß einsichtsvolle Menschen zu dem Schlusse gelangen, entweder ist die Ware oder die Zugabe nichts wert. Wahrscheinlich werden sogar beide nichts taugen. Diese Wahrheiten, so oft sie auch schon ausgesprochen wurden, sind doch noch nicht in den Besitz aller Käuferschichten gelangt. Das Mißtrauen des kaufenden Publikums in die Reellität des Warenverkäufers mit Zugaben, so gerechtfertigt es ist, leitet noch lange nicht alle Konsumenten beim Einkauf. Immer lassen sich noch Käufer einfangen, wenn nur der Verkäufer abstreitet, daß der Preis der Zugabe auf den Preis der Ware geschlagen wird; selbst dann läßt sich die liebe Kurzsichtigkeit noch mit Geschenken belästigen, wenn Kaufleute selber das Wesen der Zugaben so deutlich schildern, wie eine Tabakfabrik in Hamburg, die in einer Zeitung folgende Bekanntmachung erließ:

> Ich verschenke keine Pfeife, überlasse deren Anschaffung für wenige Groschen vielmehr jedem Raucher — der gesunde Sinn der Bevölkerung wird sich durch das sogenannte Pfeifenschenken nichts weismachen lassen. Der Kaufmann lebt nur vom Verdienst und nicht vom Verschenken.

Sobald dann ein anderer Verkäufer einer Ware etwa erklärt, wie es z. B. die Margarinefabrik Franz Kathreiners Nachfolger macht, die Zugaben seien zum Selbstkostenpreis und „zum Teil sogar darunter" in die Preisberechnung eingestellt, drängt sich die Vorliebe mancher Käufer, richtiger vielleicht gesagt mancher Käuferinnen, zum Kaufmanne, der die schönen Zugaben verabfolgt. Die genannte Margarinefabrik erklärte, daß sie sich des Zugabesystems zur Abwehr gegen andere Geschäfte bediene, die der bestehenden Manie des Publikums, nach Zugaben zu fragen, Rechnung tragen, solange, bis das System sich überlebt hat. Allerdings eine etwas merkwürdige Methode, eine von allen Seiten als Unsitte empfohlene Einrichtung zu bekämpfen.

Eine Firma Siegmund Strauß in Hamburg gibt bei der Bestellung von 400 Bouillonwürfeln, die für 12 Mark zu haben sind, eine versilberte Herren- oder Damen-Remontoiruhr mit Goldrand; bei 200 Bouillonwürfeln bekommt der glückliche Käufer eine Schwarzwälder Wanduhr völlig „gratis". Die Firma erzählt dabei, die Zugaben hätten gar keinen Einfluß auf die Qualität der Bouillonwürfel. Diese Firma wird allerdings noch überboten von der Firma F. K. Pielken u. Co., die 100 Bouillonwürfel zu 3,75 Mk. verkauft und eine hochfeine Herrenuhr „gratis" dazu gibt; außerdem aber bekommt der ohne Zweifel hocherfreute Käufer und Beschenkte auch noch eine Weckeruhr als Zugabe zur Zugabe. Wer jetzt noch behauptet, mancher Verkäufer hätte nichts zu verschenken, dem ist wirklich nicht zu helfen.

Der organisierte Konsument weiß, was die Zugabe ist. Die Konsumvereinsbewegung hat fleißig daran gearbeitet, über das Wesen der Zugaben die so sehr nötige Klarheit zu schaffen. Diese Klarheit auch jenen Konsumenten zu vermitteln, die noch nicht Mitglied eines Konsumvereins sind, ist unstreitig ein hervorragendes Mittel, dem Konsumverein neue Mitglieder zuzuführen.

Aus Nah und Fern.

Ein neuer Dynamitanschlag auf der Bahnstrecke Berlin—Halle—Kassel, wo schon in voriger Woche zehn Dynamitpatronen auf den Schienen gefunden wurden, ist entdeckt worden. Unter der Eisenbahnbrücke über die Saale wurden bei Schlettau drei Dynamitpatronen mit Zünder gefunden, die beim Passieren eines Zuges explodieren mußten. Bahnbeamte entdeckten den Anschlag rechtzeitig. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt worden.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich gestern nachmittag in der Nähe von Döberitz bei dem Dörfchen Dallgow. Ein Privatautomobil wollte auf der Hamburger Chaussee einem entgegenkommenden etwa achtjährigen Mädchen ausweichen. Dabei verlor der Chauffeur die Gewalt über die Steuerung und fuhr mit dem Kraftwagen gegen einen Baum. Er wurde herausgeschleudert und ihm der Brustkorb eingedrückt, sodaß er auf der Stelle tot war. Das Kind wurde überfahren und starb auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Die beiden Insassen des Automobils erlitten leichte Verletzungen.

Der ehemalige Staatsanwalt als Steuerhinterzieher. Aus einer Berliner Korrespondenz teilt die „Köln. Volksztg." mit: „Der Steuerverwaltung von Charlottenburg ist unlängst ein unerwartet großer Betrag, mit dem sie vorher nicht rechnen konnte, zugegangen. Gegen Ende des vorigen Jahres starb der Geheime Oberbergrat Wachler, der zu Lebzeiten im deutschen Wirtschaftsleben eine große Rolle spielte. Bei der Regulierung seines nicht geringen Nachlasses wurde die Aufmerksamkeit der Steuerbehörde erregt, die schließlich auch feststellte, daß der Verstorbene lange Jahre sich seiner Steuerpflicht in großem Maße entzogen hatte. Die Erben mußten denn auch 376 000 Mk. nachzahlen und zwar 16 000 Mk. als Strafgelder und 360 000 Mk. in den letzten fünf Jahren zu wenig bezahlter Steuern. Hinterzogene Steuern brauchen im Falle der Entdeckung nur für die letzten fünf Jahre nachgezahlt zu werden; es wurde aber festgestellt, daß Wachler mindestens 15 Jahre lang sein Einkommen viel zu niedrig eingeschätzt hat; er hat im ganzen fast eine Million Steuern zu wenig gezahlt. Wachler war erst Staatsanwalt, wurde später von dem Fürsten Henckell zu Donnersmarck zum Generaldirektor seiner Unternehmungen gemacht und trat so in ausgedehnte Beziehungen zur deutschen Hochfinanz. Lange Jahre war er stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner Bank und wurde schließlich auch vom König ins Herrenhaus berufen." — Wie oft mag der Herr Staatsanwalt, der den Staat so schändlich betrogen hat, als glühender Patriot gegen die „Umstürzler" gewütet haben?!

Ein dreizehnjähriger Mörder. Einen furchtbaren Mord beging ein dreizehnjähriger Bauernsohn in Eibiswald an seiner fünfjährigen Schwester. Er durchschnitt ihr mit einem Messer die Kehle, und da sie noch nicht ganz tot war, versetzte er ihr mehrere Messerstiche in die Brust, bis das Kind tot am Boden lag.

Fliegerlos. Gestern abend stieg am Schlusse des Volksfestes in Würzburg der Flieger Lendner-Würzburg mit einem Franzosen mit einem Zweidecker auf und flog nach dem sogenannten Kugelfang-Exerzierplatz. Dort überschlug sich das Flugzeug und stürzte zu Boden. Die beiden Insassen wurden noch lebend hervorgezogen, starben aber beide auf dem Transport zum Krankenhause.

Spionage. Aus Baden wird berichtet, daß in einer Freiburger Kaserne über Nacht eingestiegen wurde und mehrere wichtige Geschützteile den Dieben, die im Automobil in der Richtung nach Belfort davongefahren seien, in die Hände fielen. Einer der Täter soll nach einer anderen Angabe in Achern verhaftet worden sein. Die badischen Blätter nehmen an, daß das Belforter Spionagebureau hinter der Geschichte steckt.

Eisenbahnunglück. In der Nähe von Saratow (Rußland) ist ein Güterzug entgleist. 11 Wagen wurden zertrümmert; drei Mann vom Zugpersonal fanden den Tod, sieben wurden verletzt.

Schurkische Tat. In Alt-Gatschow brannte eine Schnitterkaserne ab. Da die Türen des Hauses sämtlich von außen verriegelt waren, wird Brandstiftung vermutet. Die Schnitter mußten durch die Fenster steigen, um aus dem Hause zu kommen.

Fleisch von räudigen Schafen. In dem Dorfe Flores de Avila (Spanien) starben sechs Einwohner, die Fleisch von räudigen Schafen gegessen hatten. Achtzehn Personen liegen im Todeskampfe, viele andere sind schwer erkrankt. Das Fleisch ist mit Ermächtigung der städtischen Veterinärbehörden verkauft worden. Gegen die schuldigen Behörden ist ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden.

Kubanische Staatsstützen. Wie ein Telegramm aus Havana meldet, ist der kubanische General Armando Riva, der Chef der nationalen Polizei, tödlich verwundet worden in einem Pistolenkampf, den er Montag abend mit General Ernesto Asbert, dem Gouverneur der Provinz Havana, dem Senator Vidal Morales und dem Deputierten Arias hatte. Der Kampf fand vor dem Klub Asberts im Prado statt. Riva hatte am Sonnabend im Klub zahlreiche Spieler verhaften lassen, die infolgedessen mit Geldstrafen belegt wurden. Nach dem Kampfe suchte Asbert den Präsidenten auf, dem er Mitteilung von dem Vorfall machte und stellte sich dann dem Untersuchungsrichter.

Von dem Panamakanal. Die Morning Post meldet aus Washington: Die Häufigkeit von Erdrutschen im Panamakanal macht den Ingenieuren Sorge, denn sobald nach einem Erdrutsch die Erdmassen weggeschafft sind, findet eine neue Bewegung statt und Tausende von Tonnen stürzen den Abhang hinunter. In dem großen Durchstich von Culebra sind die Eisenbahnlinien, auf denen das ausgehobene Material weggeschafft wurde, verschüttet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

schen den Tageblättern ein so geringfügiger ist, daß er bei der Wichtigkeit und der Bedeutung, die der Presse zukommt, kaum ins Gewicht fallen kann. In Wirklichkeit ist das erste Argument ausschlaggebend: die sozialistische Presse schreibt tatsächlich „höher" — mit anderen Worten: sie trägt dem verbildeten Geschmack weiter Kreise des Volkes nicht Rechnung, sondern sucht durch ernste und gediegene Lektüre, frei von jeglicher Sensationshascherei, ihr Publikum auf eine höhere Stufe geistigen und kulturellen Lebens zu heben. Wie schwer es ist, der verbildenden, unheilvollen Tätigkeit der bürgerlichen Presse entgegen zu arbeiten, weiß nur derjenige zu beurteilen, der täglich mit den Massen Fühlung hat. Jene Presse hat ihr ausgedehntestes Terrain in den unteren und mittleren Schichten des Volkes nur gewonnen, indem sie die niedrigsten Leidenschaften weckte, oder sich ihnen anpaßte und die an demagogischer, frömmelnder und mordspatriotischer Tendenz alles übertraf, was bis dahin dagewesen.

Es war Karl Marx, der vor ungefähr sechs Jahrzehnten schon den Grundsatz aufstellte, daß die erste Bedingung einer unabhängigen Presse die sei, kein Geschäft zu sein. Heute aber sind die bürgerlichen Zeitungen durchweg kapitalistische Unternehmungen, bei denen das kapitalistische Interesse in erster Linie, Meinungen und Überzeugungen aber erst in zweiter Linie kommen. Die Skandal- und Generalanzeigerpresse vollends ist das Urbild der Grundsatzlosigkeit und Charakterlosigkeit, die ihren Lesern den albernsten und blödesten Quark auftischt und in der ekelhaftesten, abstoßendsten Art hohe und allerhöchste Persönlichkeiten umbuhlt und mit Vorliebe Bauchpinselei und Speichelleckerei betreibt. Hierbei setzt sie das Werk unserer Volksschule fort und die Massen, darunter besonders die Frauen, die dort in acht Jahren ausreichend präpariert worden sind, gehen dieser Reptilienpresse um so leichter in das Netz. Die grauenhaften Zustände unserer heutigen Gesellschaft, die empörende Ausbeutung der Frauen und Kinder, die brutale Erdrosselung jeder freiheitlichen und kulturellen Regung wird entstellt oder verschwiegen, nicht selten auch sogar verspottet. Keine rücksichtslose Kritik unserer verruchten Zoll- und Wuchergesetzgebung, keine öffentliche Brandmarkung unserer empörenden Klassen- und Militärjustiz, keine wahrheitsgemäße Schilderung unserer Schulverhältnisse ist in jener Presse jemals zu finden. Und gilt es erst die Abhängigkeit des Staates von der Kirche zu geißeln, so versagt diese selbe Presse, oder gleitet aalglatt um diese Klippe herum. Für die erwerbstätige Frau, für die Frau als Mutter und Erzieherin kommt hierbei noch ein Punkt von einschneidender Wichtigkeit in Betracht: die politische und soziale Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechtes! Noch von keiner bürgerlichen Partei ist die Forderung der Gleichberechtigung der Frau als Staatsbürgerin bisher gefordert oder vertreten worden, ja im Gegenteil, man hat diese Forderung, die bisher einzig und allein von der Sozialdemokratie ausging, mit den albernsten Witzen und Mätzchen abgetan oder ist mit einigen nichtssagenden Phrasen darüber hinweggegangen. Es ist dies um so schlimmer, als heute elf Millionen erwerbstätiger Frauen im Existenzkampfe stehen und der Gesellschaft allein hier schon große und reiche Werte schaffen. Die Sozialdemokratie ist es, die unbeirrt und unverrückbar die Forderung vertritt: Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Der Kampf muß jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung gelten, ganz gleich, ob sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse richtet. Keine Partei hat in ihrem Programm die Forderung, wie sie das sozialdemokratische Parteiprogramm von Anfang an enthält: Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

Darum hinaus mit der bürgerlichen Klatsch- und Skandalpresse!

Frauen, abonniert die Presse, die eure Rechte als Mensch, Frau und Mutter jederzeit wahrgenommen hat, und wahrnehmen wird.

Gegen den Unfug des Ohrringstechens

wendet sich Dr. A. Epkin in der „Zeitschrift für Kinderheilkunde". Insbesondere lenkt der Verfasser die Aufmerksamkeit auf die vielfachen Schäden dieses Volksbrauchs. Eine Statistik ergibt, daß bei Kindern der wohlhabenden Gesellschaftsklassen nur 50 Proz. der Kinder die Ohren gestochen worden, während unter den 126 Ammen der Landesfindelanstalt in Prag 97 Proz. die Ohrläppchen gestochen hatten. Darunter befanden sich aber nicht wenig, die von diesem Brauch niemals Gebrauch gemacht hatten. Daher war man in der Lage, manche Folgezustände schlecht geheilter Stichöffnungen zu konstatieren. Zu den wichtigsten Komplikationen des Ohrringstechens gehört die Tuberkulose. Man sollte darum endlich mit dem Unfug des Ohrringstechens aufhören.

Kleines Feuilleton.

Die Zuverlässigkeit der Polizeihunde

wurde von einem Fachmann, dem königlichen Kriminalkommissar K. Most, Leiter der Polizeihundschule zu Grünheide bei Berlin, in Zweifel gestellt in einem Gutachten, das er am 30. Januar vor dem Schwurgericht zu Ulm abgegeben hat. Er sagte dort: „Wenn ein Führer behauptet, sein Hund höre stets auf zu spüren, so oft das Tier auf eine falsche Spur käme, oder der Hund habe sich noch niemals geirrt, oder sei in der Lage, eine ihm vorgehaltene menschliche Witterung Stunden hindurch in der Nase zu behalten, und dann noch die gleiche Witterung zu kennzeichnen, so beweist der Führer damit, daß er von den Fähigkeiten des Hundes keine Ahnung hat." Ferner: „Über die Spürfähigkeit der Hunde habe ich seit einer Reihe von Jahren eingehende Versuche angestellt, mit deren Ergebnis etwa 200 meiner Schüler vertraut sind. Das Ergebnis der Versuche ist folgendes: Es ist bisher noch nicht gelungen, die Hunde spurenrein zu machen, ferner nicht, die Hunde zu veranlassen, nach Witerungnahme einer ihnen unbekannten menschlichen Witterung die gleiche menschliche Witterung irgendwie zu kennzeichnen. Das Ausarbeiten einer 5 bis 6 Stunden alten Spur bereitet den Hunden in den allermeisten Fällen schon erhebliche Schwierigkeiten. Für unsern Fall kommt eine Nasenarbeit überhaupt nicht in Betracht. Auch ist es für diesen Fall ganz belanglos, daß der Hund das Bett des Verdächtigen und diesen selbst verbellte, denn der Hund kennzeichnet keineswegs ausschließlich den zum Geruch der Spur oder des Körpers, an dem er die Witterung erhielt, gehörigen gleichen menschlichen Eigengeruch, stellt und verbellt daher Personen oder bringt Gegenstände, die gar nichts mit dem Eigengeruch des Täters zu tun haben. Es ist endlich einmal Zeit, daß den Übertreibungen auf diesem Gebiet ein Ende bereitet wird." Nach Most ist also der Hund zum Aufspüren eines Verbrechers so gut wie wertlos. Seine Stärke liegt vielmehr in seiner Bedeutung als Schutz- und Begleithund. Most äußert sich weiter: „Die Mehrzahl der Erfolge käme folgendermaßen zustande: Der Führer stelle zunächst Ermittlungen nach dem Täter an oder erhalte bereits angestellte Ermittlungen mitgeteilt. Auf diese Weise erfahre der Führer, wo der Verdächtige wohne oder dessen Aufenthaltsort. Bei der nun folgenden Arbeit mit dem Hunde beeinflusse er das Tier unbewußt und leite es dorthin, wo der Verdächtige wohne. Von Spurenarbeit könne also in solchen Fällen nicht die Rede sein."

Das Bettnässen

besprach Dr. Tromner im Ärztlichen Verein in Hamburg auf Grund seiner Erfahrungen in 133 in den letzten zehn Jahren behandelten Fällen. Es waren fast sämtlich Kinder im Alter von 2 bis 15 Jahren, 43 Proz. Knaben und 57 Proz. Mädchen. 38 Proz. waren belastet durch früheres Bettnässen der Eltern, und zwar ging diese Belastung mehr vom Vater als der Mutter aus. 22 Proz. waren allgemein belastet. Ein Drittel war jedenfalls frei von erblicher Belastung, ein Beweis, daß Bettnässen nicht unter allen Umständen „Degenerationszeichen" sind. Auffallend oft (in 40 Proz.) wurde sehr tiefer Schlaf gemeldet, so tief, daß die Kinder kaum zu wecken und dann noch lange schlaftrunken waren, 12 Proz. aber hatten leisen und 18 Proz. sogar unruhigen Schlaf. Sprechen im Schlaf und Schlafwandeln war häufiger als bei normalen, nämlich 19 resp. 7 Proz. Das beste Mittel gegen dieses Leiden ist nach den Ausführungen Dr. Tromners die hypnotische Suggestion, weil sie hemmend oder erregend auf die Schlafzustände selbst einzuwirken erlaubt. Ihre Anwendung bei Kindern ist für den geübten Arzt leicht und absolut bedenkenfrei. Der Vortragende konnte damit ein Drittel seiner Fälle heilen und ein Drittel mehr oder weniger erheblich bessern. Das andere Drittel wurde zum Teil nicht gebessert, zum Teil entzog es sich zu früh der weiteren Beobachtung.

Heiteres.

Eine Feine. „Bücher kaufe ich mir überhaupt nicht; ich leih' sie mir immer von einer Freundin, die bei einer Leihbibliothek abonniert ist!"

Ein Labenhüter. Kunde: „Sie sagen, die Dame hätte sich sehr gut konserviert — das kann ich aber durchaus nicht finden!" — Heiratsvermittler: „O, vor zwanzig Jahren hat sie aber schon g'rad so ausgeschaut!"

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Unterhaltungsblatt
des Lübecker Volksboten.

Nr. 27. Mittwoch, den 9. Juli 1913.

Lebensgefährten.

Skizze von Friedrich Wagner.

(Nachdruck verboten.)

Sie saßen zusammen im Dämmerlicht ihrer kleinen Stube, wie an ungezählten Abenden vorher. Der Unterhaltungsstoff war ihnen ausgegangen. So schwiegen sie. Wenn man so lange zusammenhaust, wie diese beiden Männer, so hat man sich wenig mehr mitzuteilen. Über alles, was ihnen von Bedeutung schien, hatten sie sich in der langen Zeit zur Genüge ausgesprochen. Jetzt besprachen sie nur noch das, was ihnen von den Tagesereignissen als das Wichtigste erschien.

Ihr Schweigen währte jetzt schon annähernd zwei Stunden. Die Dämmerung hatte sich inzwischen zum undurchdringlichen Dunkel verdichtet. Nur die Fensterscheiben traten noch in einem kaum sichtbaren Lichtschimmer aus dem alles verhüllenden Dunkel hervor.

Auf der Straße war es ganz still geworden. Kein Laut ließ sich vernehmen. Dem einen der beiden Männer wurde es langweilig. Er erhob sich von seinem dicht am Fenster befindlichen Sitz. Vorsichtig tastete er sich bis zu der Stelle, wo der Tisch stand. Hier riß er ein Zündholz an und machte Licht. Eine kleine, alte Petroleumlampe erfüllte jetzt das dürftig möblierte Zimmer mit ihrem Schein.

Derjenige, der das Licht angezündet hatte, ließ sich jetzt am Tisch nieder und griff nach einem Zeitungsblatt, das auf dem Tische lag.

Es war ein kleines verhutzeltes Männchen. Sein Rücken war stark gekrümmt. Einen riesigen Buckel hatte er sein Leben lang mit sich herumgeschleppt. Der Kopf saß ihm wie eingeklemmt zwischen den hochstehenden Schultern und dem Buckel. Die ganze Gestalt war nicht viel über einen Meter hoch. Von Beruf war der kleine Mann Schuhmacher. Die sitzende Beschäftigung und die gebückte Stellung, die er dabei einnehmen mußte, hatte vielleicht dazu beigetragen, seinen Buckel mit den Jahren noch wachsen zu lassen.

Und nun der andere, der Freund und Lebensgefährte des Kleinen. Er war von Beruf Schreiner. Eine große, herkulische Gestalt zeichnete ihn aus. Er maß so annähernd zwei Meter. Ein stiermäßiger Nacken trug seinen Kopf. Ein paar Fäuste hatte er, so groß und kräftig, daß es wenig geraten schien, sich von ihnen bearbeiten zu lassen. Als ein Sinnbild der Kraft konnte der Mann gelten.

Während der Kleine sich in ein Zeitungsblatt vertieft hatte, saß der Riese noch immer unbeweglich am Fenster. Er hatte die Ellbogen auf die Knie gestützt und den Kopf in die Hände gelehnt.

Plötzlich fuhr er mit einem Ruck empor. Einige Augenblicke blieb er auf der Stelle stehen. Dabei reckte er sich in seiner ganzen Länge nach aus. Es schien, als wollte er Bewegung in die müden Knochen hinein bringen. Dann begann er in dem kleinen Zimmer auf- und abzugehen. Sechs Schritte auf, sechs Schritte ab, dann hatte er das Zimmer immer wieder durchmessen. Er machte dabei den Eindruck, wie ein Raubtier, das sich in seinem Käfig hin und her bewegt. Der Kleine achtete nicht auf ihn.

Auf einmal machte der Riese eine Wendung nach dem Tische, wo der Kleine saß. Dicht am Tische blieb er stehen.

„Albert, ich glaube, ich werde krank. Schwerkrank, ich glaube, ich werde es wohl kaum überstehen."

Der kräftige Mensch sagte das so ruhig und gelassen vor sich hin, als ob es sich für ihn dabei um das gleichgültigste Ding der Welt handelte.

Dennoch übten diese wenigen Worte auf den kleinen Buckligen eine ganz eigenartige und von Franz Keller gar nicht beabsichtigte Wirkung aus.

Erschreckt sprang er auf. Das Zeitungsblatt entglitt seinen Händen und fiel zu Boden. Seine Gesichtsfarbe wurde ganz blaß. Wie entgeistert stierte er den Großen an. Prüfende Blicke warf er ihm zu. Nachdem er seinen Freund genau angesehen hatte und keine Spur von krankhaftem Aussehen an ihm entdecken konnte, wurde er böse. Seine Augen rollten im Kopf hin und her. Die blasse Gesichtsfarbe wechselte in eine starke Röte um.

„Du, das ist aber nicht schön von Dir, mich so zu schrecken", sagte er. „Ich habe ordentlich Angst bekommen."

Keller begann der kleine Mann jetzt leid zu tun. Er machte sich Vorwürfe darüber, daß er mit seiner Mitteilung nicht noch gewartet hatte.

Das, was er gesagt hatte, stimmte schon. Er fühlte sich schon seit einigen Tagen nicht mehr recht wohl. Und jetzt fühlte er sich wirklich krank. Müdigkeit, wie er sie nie gekannt hatte, regte sich in allen Gliedern.

Wer sich die beiden körperlich so ungleich wie irgend möglich gestalteten Männer ansah, dem wollte es schwer einleuchten, auf welcher Grundlage ihre so lange Jahre hindurch währende Freundschaft eigentlich basierte.

Und doch hatte diese Freundschaft einen ganz realen Untergrund. So verschiedenartig die beiden nämlich körperlich gestaltet waren, ebenso groß, vielleicht noch größer, war der Abstand in ihrem Temperament. Und gerade dieser Umstand hatte sie zusammengeführt.

Der Bucklige hatte einen sehr beweglichen Geist. Witz und Humor standen ihm stets zur Verfügung. Dabei konnte er sehr sarkastisch werden. Wer sich mit ihm in ein Wortgeplänkel einließ, dem verging das Lachen meist gar bald. Mit Eleganz fertigte er seine Gegner ab.

Ganz anders war Keller geartet. Er war nicht gerade dumm. Aber unbeholfen im mündlichen Ausdruck. Schon frühzeitig in seinem Leben mußte er deshalb manchen Spott über sich ergehen lassen. In solchen Fällen wußte er sich keinen Rat. Erwiderte er etwas, so klang es tollpatschig und reizte lose Spötter nur noch mehr, ihn zu hänseln. Dann würgte er den Ärger schweigend in sich hinein. Tagelang wühlte dann öfter eine stille Wut in ihm.

Kennen gelernt hatten sich die beiden Freunde vor mehr als dreißig Jahren auf der Landstraße, als sie sich beide auf der Wanderschaft befanden. Eines Abends auf der Herberge waren sie sich näher getreten.

Der Bucklige hatte damals seine Zunge etwas frei spazieren gehen lassen. Als er seine Gegner mit Worten niedergestreckt und die Lacher auf seiner Seite hatte, wollte man ihm an den Kragen. Er hätte die schönsten Hiebe bekommen, wenn ihm nicht Franz Keller beigesprungen wäre. Mühelos wurde dieser mit den Gegnern des Buckligen fertig. Es war wohl das einzige Mal in seinem Leben, daß er seine kräftigen Fäuste in dieser Art beschäftigt hatte. Seit diesem Tage war die Freundschaft der beiden besiegelt. Nie mehr hatten sie sich im Leben getrennt. Alt und grau waren sie zusammen geworden.

Jetzt hausten sie schon über ein Vierteljahrhundert in derselben Bude zusammen. Sie standen morgens zu gleicher Zeit auf, nahmen ihre Mahlzeiten gemeinsam ein und gingen zu gleicher Zeit zu Bett. Nur bei der Arbeit lebten sie voneinander getrennt. Auf ihren Spaziergängen waren sie ebenfalls unzertrennlich. Im Laufe der Jahre hatten sie sich so aneinander gewöhnt, daß sich jeder für sich allein schwach und hilflos fühlte. Vereinigt fühlten sie sich dagegen nicht nur stark, sondern auch klug und überlegen. Niemand fürchteten sie.

Daher ist es auch begreiflich, daß die Mitteilung Kellers, daß er sich krank fühle und ans Sterben denke, in dem kleinen Buckligen eine so tiefgehende Erregung hervorrief. Eine riesige Furcht vor einem Leben ohne seinen Lebensgefährten hatte ihn erfaßt und ließ ihn nicht los.

Auch als Keller beruhigend auf ihn einredete und sich selbst belog, daß er vollständig gesund sei, nutzte es nichts. Die Angst vor dem Verlust seines Freundes hielt Albert Buschner fest umklammert.

Noch im Bett sann er lange darüber nach, wie sich das Leben allein für ihn gestalten würde.

Dabei hörte er immer gespannt auf, ob sich aus dem Bett, wo Keller schlief, nicht etwa Schmerzenslaute oder ein Stöh-

nen vernehmen ließ. Als er nichts vernahm, schlief er in ziemlich vorgerückter Nachtstunde ein.

Am nächsten Morgen war Keller schwer krank. Er fieberte stark und phantasierte. Der kleine Schuster war jetzt ganz ratlos. Tränen schossen aus seinen Augen hervor und rollten an den vertrockneten Wangen herab. Er wußte gar nicht, was er beginnen sollte. Verzweifelt warf er sich auf sein Bett und schluchzte wie ein Kind.

Endlich fiel es ihm ein, daß es seine Pflicht war, einen Arzt zu holen. Kaum war ihm der Gedanke gekommen, so stürmte er ohne Kopfbedeckung auf die Straße. So schnell er nur laufen konnte, eilte er die Straße entlang, der Wohnung eines Arztes zu. Die Leute auf der Straße blieben stehen und sahen ihm kopfschüttelnd nach.

Auf dem Rückwege ging ihm der Arzt nicht schnell genug. Er lief immer wieder voraus und blieb dann wieder stehen, bis der Arzt ihn eingeholt hatte.

Als der Arzt sich daran machte, den Kranken zu untersuchen, wendete Buschner keinen Blick von ihm. Er setzte jetzt seine ganze Hoffnung auf die ärztliche Hilfe.

Nachdem der Arzt dem Kranken das Hörrohr auf die Brust gesetzt und den Puls befühlt hatte, erklärte er kurz: „Da bleibt nichts übrig, als das Krankenhaus."

Jetzt war es ganz um die Besinnung des Buckligen geschehen. Er warf sich wieder auf sein Bett und heulte laut auf. Sogar die Aufforderung des Arztes, nach dem Krankenhause zu gehen und den Krankenwagen zu bestellen, beachtete er nicht.

Keller hatte seine Ahnung nicht getrogen. Eine heftige Lungenentzündung hatte ihn erfaßt. Schon nach drei Tagen raffte sie ihn dahin.

Der Bucklige ging jetzt nicht mehr zur Arbeit. In dem Zimmer, wo er mit seinem Freunde die langen Jahre hindurch gewohnt hatte, litt es ihn nicht. Tag für Tag irrte er, wie geistesabwesend, bis in die Nacht hinein im Freien umher. Das Essen schmeckte ihm nicht. Sein gesundheitlicher Zustand verschlechterte sich sichtlich.

Noch nicht vierzehn Tage nach dem Tode seines Lebensgefährten fand ihn der Friedhofswärter eines Morgens an dessen Grab als Leiche auf. Er war erfroren, wie ärztlich konstatiert wurde.

Eine Schmierenfahrt.

Erlebnis einer Schauspielerin.

Viele der Leser werden es nicht für möglich halten, daß im Jahre 1913 noch passieren kann, was ich berichte. Aber es ist wahr. An einem Dienstag im April traten wir von Berlin aus unsere Tournee an. Alle Mitglieder waren schon auf dem Bahnhof versammelt und warteten auf den Direktor. Endlich, kurz vor Abgang des Zuges, erschien er. Jeder erhielt ein Billett vierter Klasse — zur dritten reichte das Betriebskapital nicht — und beeilte sich, um wenigstens noch einen Sitzplatz zu bekommen. Doch solche verwegenen Wünsche gehen selten in Erfüllung. Wir zwängten uns also denn mit unserem zahlreichen Handgepäck in ein schon reichlich besetztes Kupee, stellten unsere Köfferchen in der Mitte auf und benutzten sie als Sitzgelegenheit. Es war idyllisch in diesem Raume; die Luft war dick, qualmig und übelriechend, und nebenan hörte man diverse Babys schreien. Wir vertrieben uns die Zeit mit Plaudern und Essen und berechneten schon im voraus, was wir von unserer uns zugesagten Gage kaufen würden. Ich rechnete besonders eifrig. Durch Krankheit und Engagementslosigkeit vollständig mittellos, trat ich die Reise mit 20 deutschen Reichspfennigen an. „Was brauchst du auch Geld, wenn du doch gleich verdienst", dachte ich. Doch das war verkehrt; der Mensch soll nicht denken und Pläne machen, wenn es sich um „Geld bekommen" handelt, und der Schauspieler schon gar nicht.

Als wir in T. ankamen, empfingen uns Hagel und Regengüsse. Je trüber das Wetter wurde, desto trüber wurden auch unsere Mienen. Auf ein volles Haus durften wir bei dem Wetter kaum rechnen. Doch es kamen noch weniger Leute als wir dachten.

Die Vorstellung verlief ganz gut, und das Publikum amüsierte sich anscheinend sehr gut. Da wir am anderen Morgen um 4 Uhr gleich weiterfahren wollten, so wurde — auch aus finanziellen Gründen — nicht erst im Hotel übernachtet. Nach Schluß der Vorstellung, um 1 Uhr nachts, wanderten wir zum Bahnhof. Im Wartesaal vierter Klasse „logierten" wir bis zum Abgang unseres Zuges. Uns allen knurrte der Magen. Jeder trank einen Kaffee — der hier 5 Pfennige billiger war — und aß dazu ein Butterbrot mit Senf bestrichen. Der Direktor mußte das opulente Nachtmahl bezahlen, denn Gage hatten wir natürlich noch nicht bekommen. Er hüllte sich in diesem Punkte überhaupt in tiefstes Stillschweigen. Wir warteten geduldig und dachten .... Aber man darf nicht denken .... Um 4 Uhr morgens fuhren wir dann von T. ab und kamen gegen 5 Uhr in D. an. Ueber Wiesen und Dunghaufen erreichten wir unsere neue Kunststätte. Das ganze Häuflein wartete verfroren und müde vor dem Hause, bis der Wirt öffnete und die Wandervögel aufnahm. In tiefster Dunkelheit kraxelten wir eine entsetzlich steile und schmale Trepe hinauf. Natürlich ging das ohne Lachen und Witze nicht ab, besonders wenn man ins Stolpern kam, nach einer Stütze griff und in der Dunkelheit vielleicht die Wade des Vorhergehenden umklammerte. Ueberhaupt waren wir bei all dem Elend noch immer riesig aufgeräumt und fiedel und mögen vielleicht den ehrsamen Bürgersleuten manchmal mißfallen haben.

Nach längerer Debatte mit dem Wirt des Hauses war für jeden ein Unterschlupf gefunden. Ich mußte mein Zimmer mit einer Kollegin teilen. Da nur ein Bett vorhanden war, ich aber ungern mit jemand zusammenschlafe, so machte ich mir mein Lager auf einem kleinen Sofa zurecht. Im Zimmer war es sehr kalt, und die Betten waren kalt und feucht, so daß an ein Einschlafen zunächst nicht zu denken war. Schließlich verlangte aber der Körper sein Recht — wir waren beinahe 24 Stunden nicht im Bett gewesen —, wir schliefen ein. Am nächsten Tage saßen wir gegen 12 Uhr vereint am Kaffeetisch, im Magen eine quälende Leere und in der Börse nicht einen Pfennig. Glücklicherweise gehörte das erste Frühstück zum Logis. Nachdem wir gefrühstückt hatten, machte ich mit meinen drei Getreuen, Max, Fritz und Moppel — wegen seiner Körperfülle und seines Phlegmas so genannt — einen Spaziergang durch die Stadt. Um drei Uhr gabs dann, viel zu spät für unseren Magen, der gebieterisch sein Recht forderte, Mittagbrot. Der Abend kam und brachte wenig — sehr wenig Publikum; uns verging alle Lust zum Spielen und Darstellen, als wir den leeren Zuschauerraum sahen. Abermals keine Gage, abermals Stillschweigen von seiten unseres Direktors über diesen heiklen Punkt. Trotzdem waren wir noch immer guter Dinge, konnten uns aber nicht halten, den Kanon zu singen: „Wir wollen unsere Gage, sonst kommen wir in Rage".

Am nächsten Vormittag gings — natürlich immer vierter Klasse — weiter nach P., einem reizenden Städtchen. Hier hatten wir das erstemal auf unserer Tournee einen Erfolg. Da wir aber trotzdem wieder keine Gage erhielten, kam es am nächsten Vormittag zu einer ziemlich heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Direktor und unserem Moppel. Da zu befürchten war, daß Moppel Knall und Fall abreiste und unserem Ensemble dadurch vielleicht die Möglichkeit, aufzutreten, genommen wurde, gab der Direktor ihm einige Mark. Mir versprach er bestimmt bis zum nächsten Tage 10 Mark. Da sich unsere Gemüter durch diese Versprechungen wieder etwas beruhigt hatten, rüsteten wir zum Weitermarsch. In furchtbarem Schneegestöber marschierten wir eine halbe Stunde zum Bahnhof. Weiter gings nach Sch., einem hübschen Kurort. Die Bühne war in diesem Theater sehr schön, nur fast ungeheizt. Wir hatten am Abend während des Spiels sehr unter der Kälte zu leiden; die Lippen waren blau unter der Schminke. Auch hier hatten wir einen guten Erfolg zu verzeichnen. Nach der Vorstellung saßen wir Kollegen noch mit dem Wirt, dem Stadtarzt und einigen Honoratioren des Städtchens zusammen. Erst nach 2 Uhr empfahlen wir Damen uns, und die Herren blieben noch zusammen. Sie scheinen dann noch in Stimmung gekommen zu sein, denn als ich nach einer halben Stunde mit aufgewickelten Papillotten im Bett lag, klopfte jemand an meine Zimmertür und übermittelte dem gnädigen Fräulein eine Einladung zum Sektkrinken. Ich lehnte aber dankend ab, denn ich hatte, das erstemal während meiner Reise, ein anständiges Bett und war zum Umsinken müde.

Als ich am nächsten Mittag mit meinen Kollegen vom gewohnten Spaziergang zurückkam, mußten wir zu unserem Erstaunen hören, daß unser Direktor noch schlief, und gegen 2 Uhr wollten wir weiter. So sorglos schien er also zu sein! Und wo blieben die mir versprochenen 10 Mark? Jetzt wurde es auch mir bald zu bunt. Nicht ein Stück Brot konnte man sich kaufen. Betteln mußte man um jeden Pfennig. Mich hat das Leben nie auf Rosen gebettet; ich habe immer um mein bißchen Leben kämpfen müssen, aber so erbärmlich war es mir doch noch nicht gegangen. Die dicken Tränen liefen mir übers Gesicht. Wer einmal am eigenen Leibe erfahren hat, was „Hunger" heißt, wird mich verstehen. Um ½2 Uhr erschien endlich unser Herr Direktor und gab mir — erst auf wiederholtes Reden meiner Kollegen hin — 5 Mark. So löste er sein Wort ein!! In aller Hast verschlang ich dann ein Butterbrot.

Weiter ging die Fahrt nach Ob. Hier sank unser Mut auf den Nullpunkt. Das Theaterlokal, in dem wir spielten, lag völlig außerhalb der Stadt. Eine gute Einnahme war ausgeschlossen. Es erschienen nur wenige Personen. Das hatten wir denn doch nicht erwartet. Wir zogen uns also gar

nicht erst an und zahlten den Leuten ihr Eintrittsgeld zurück. Anstandshalber verzichteten für diesen Abend die Damen auf die ganze, die Herren auf die halbe Gage. Nur Moppel verzichtete nicht, und er hatte recht. Denn unser Direktor hielt es nicht der Mühe wert, uns ein Wort des Dankes zu sagen. Unser Opfer war überhaupt unnütz, denn bis heute haben wir noch nicht einen Pfennig der uns zustehenden Gage erhalten.

Nach diesem Mißerfolg waren wir äußerst niedergeschlagen. Unsere Stimmung wurde nicht besser, als wir unser Nachtlager in Augenschein nahmen. Die Betten waren feucht, so daß wir vor Kälte nicht einschlafen konnten. Als wir endlich gegen Morgen anfingen, warm zu werden, klopfte jemand energisch an unsere Türen und rief uns zu: „In einer Stunde geht der Zug nach E. Mit dem müssen Sie fahren." Aergerlich über die gestörte Nachtruhe, zogen wir uns an und stürzten den Kaffee hinunter. Als wir nach dem Bahnhof gehen wollten, stellte es sich heraus, daß unser Direktor noch wohlgemut schläft. Empört darüber, machten wir uns, ich mit drei Kollegen, allein auf den Weg. Auf dem Bahnhofe angekommen, lösten wir unsere Billetts und hatten kaum Platz genommen, als der Zug sich auch schon in Bewegung setzte. Unsere anderen Kollegen und Kolleginnen hatten sich etwas mehr Zeit gelassen. Ihnen fuhr der Zug vor der Nase weg. Wir konnten ihnen nur ein Lebewohl zuwinken.

Unser Ziel war jetzt E., eine ziemlich große Stadt: unsere letzte Hoffnung. Da es gerade Sonntag war, rechneten wir bestimmt auf ein gutes Geschäft, er sollte alle die bisher erlittenen Mißerfolge wieder gut machen. Doch es kam wieder anders, als wir gedacht — wenn ich mir bloß das Denken abgewöhnen könnte. In E. angekommen, aßen wir erst mal tüchtig zu Mittag, dann ließen wir uns Zimmer geben, wuschen uns und holten den gestörten Nachtschlaf etwas nach. Als wir nachmittags gegen 4 Uhr beim Kaffee saßen, kam das übrige Ensemble an. Die Stimmung war äußerst kritisch. Wütend darüber, daß sie mit dem ersten Zug nicht mehr mitgekommen waren und so lange in Ob. auf dem Bahnhofe hatten sitzen müssen, fingen sie mit uns Streit an. Der Funke flog ins Pulverfaß. Wir waren nicht auf den Mund gefallen, und so war die Stimmung recht angenehm. Schließlich, als wir genug gezankt hatten, dachten wir an die Vorstellung zum Abend. Wir beeilten uns, alles zurechtzumachen. Unsere Erwartungen wurden aber sehr enttäuscht. Das Theater war nur ganz schwach besucht. Jedenfalls waren die Anzeigen zu spät bekannt geworden. Als von dem eingenommenen Gelde Reklame und andere Unkosten bezahlt waren, blieb kein Pfennig übrig. Als ich durch das Gastzimmer ging, hielt mich eine alte Frau an und forderte mich auf, doch endlich den Kapellmeister zu bezahlen. Er könne nicht länger auf sein Geld warten. Ich klärte sie über den Personenirrtum auf und beratschlagte dann mit meinen Kollegen Max, Fritz und Moppel, was wir nun machen wollten. Auf keinen Fall würden wir diese Tournee noch einen Tag länger mitmachen. Da kam Max auf eine gute Idee: „Wenn wir vom Direktor nicht wenigstens Reisegeld nach Berlin bekommen, laß ich mir von meiner Mutter ein paar Mark schicken, und wir fahren dann nach Leipzig (das nicht allzuweit ablag) und machen Kollekte." Ich wollte zuerst nicht an diesen Plan heran. So weit war ich auf meiner Theaterlaufbahn noch nicht gekommen. Mein Stolz sträubte sich dagegen, bei fremden Leuten zu betteln. Schließlich beruhigte ich mich dabei, daß es ja unsere Kollegen wären, die wir um Hilfe angehen wollten.

Wir gingen dann zu unserem Direktor und äußerten unsere Wünsche wegen der Gage. Wie vorauszusehen war, ohne Erfolg. Er erklärte uns nur, daß wir am nächsten Tage in F. spielen würden. Wir sagten weiter nichts, zogen uns an und gingen — es war inzwischen 12 Uhr nachts geworden — nach dem Postamt. Dort telegraphierte Freund Max an seine Mutter: „Direktor pleite — drei Tage ohne Geld — Rückfahrt unmöglich — bitte 12 Mark. Max." Ich opferte meine letzte Mark zur Bezahlung der Depesche. Mir blieb nicht ein Pfennig. Am nächsten Vormittag um 11 Uhr kam der Postbote und händigte uns 12 Mark aus. Ein Stein fiel uns vom Herzen. Schleunigst packten wir unsere sieben Sachen zusammen: „Auf nach Leipzig!" Doch das Unglück schreitet schnell! Es stand in Gestalt unseres Hotelwirtes vor der Tür und bedeutete uns, daß keiner abreisen dürfe, der nicht sein Zimmer und die verzehrten Speisen bezahlt hätte. Der Direktor hätte ihm gesagt, daß wir unsere Zeche allein zahlten. Wovon? Nachdem wir mit dem Mann diskutiert hatten, fühlte er ein menschliches Rühren und ließ sich darauf ein, daß wir ihm das Geld einsenden sollten. Wir ließen uns jedermann einen Schuldschein vom Direktor geben, und dann erbot sich der Wirt, uns eine Gesamtbestätigung darüber zu geben, in welche elende Lage uns der Direktor gebracht hatte. Mit einem dankbaren Händedruck verabschiedeten wir uns. Jeder nahm sein Köfferchen und pries sein Schicksal, den Direktor im Rücken zu haben. Wirklich, wir hatten Geduld genug mit ihm gehab.!

Unterwegs kauften wir ein Brot für 25 Pfg., etwas Schmalz und Wurst. Die Fahrt nach Leipzig kostete in der 4. Wagenklasse 50 Pfg. pro Person. Als wir glücklich im Zug saßen, machte ich die Wurstbrote zurecht, und in erstaunlich kurzer Zeit hatten wir alles verzehrt. Kein Wunder bei unserem Hunger. Wir hatten seit dem Morgen nichts gegessen, und jetzt war es ¼4 Uhr. Nach knapp einstündiger Fahrt kamen wir in Leipzig an. Unsere Koffer ließen wir auf dem Bahnhof und machten uns dann auf unseren schweren Weg. Zuerst fuhren wir nach dem Meßplatz hinaus. Da Max früher einmal als Artist gearbeitet hatte, gingen wir von Artistenbude zu Artistenbude und machten Kollekte. Doch bekamen wir nur einmal 2 Mark. Welch ein niederdrückendes Gefühl das ist, kann sich nur der richtig vorstellen, der selbst einmal in der gleichen Lage war. Man verwies uns an den Obmann der Artistenvereinigung, den wir aber nicht zu Hause antrafen, jedoch konnten wir das Café ermitteln, in dem er für gewöhnlich verkehrte. Er lehnte unseren Antrag erst ab, ließ sich aber dann durch unsere Bitten erweichen, mit den Vorstandsherren der Vereinigung Rücksprache zu nehmen, und bestellte uns um ⅛8 Uhr nochmals hin. Unsere Devise war jetzt: „Humor verloren, alles verloren." So machten wir uns auf den Weg nach den Theatern. Das Stadttheater kam zuerst an die Reihe. Wir meldeten uns beim Kastellan, klagten ihm unsere Not und zeigten ihm unsere Papierchen vor. Er verwies uns an die Unterstützungskasse. Dort wieder dasselbe Klagelied. Nach längerem Hin und Her erhielt jeder von uns 3 Mark; nun hatten wir zusammen schon 14 Mark. Max hielt die Kasse. Unsere Kräfte waren durch das viele Hin- und Herlaufen sehr erschöpft, und hungrig waren wir auch. Doch an Essen und Ruhe durften wir vorläufig nicht denken. In aller Eile hasteten wir rückwärts zur Artistenvereinigung, um pünktlich um ⅛8 Uhr dort zu sein. Dort bekamen wir 10 Mark ausgehändigt. Unter vielen Dankesbeteuerungen zogen wir vergnügt ab und rasch gings nach dem Schauspielhaus. Das Thermometer unseres Humors war wieder etwas gestiegen.

Im Schauspielhaus hatte die Vorstellung schon begonnen, und der Obmann, Herr Dr. G., hatte selbst auf der Bühne zu tun. Wir mußten also warten. So standen wir frierend — es war ein kühler Aprilabend — zwei Stunden auf dem Hof vor dem Bühnenausgang. Ich konnte mich vor Müdigkeit und Magenschmerzen kaum noch aufrecht halten. Glücklicherweise entdeckte ich in einer Ecke einen ausrangierten Königsstuhl, auf dem vielleicht schon viele Schauspielerinnen als Maria Stuart oder Königin Elisabeth gesessen hatten. Jetzt hockte ich auf ihm, ein wahres Jammerbild — sehr unköniglich! Schließlich hielten wir es draußen vor Kälte nicht mehr aus und schlichen uns auf die Bühne. Moppel gab ich den guten Rat, sich nicht so ins Licht zu stellen, weil er gar so wohlgenährt aussieht und absolut kein Mitleid erwecken konnte. Das mußten wir doch. Endlich kam Dr. G. Wir erzählten ihm, Gott weiß, zum wievielten Male unsere Leidensgeschichte. Er bat uns, einen Moment zu warten, und überreichte uns dann sehr freundlich 5 Mark, da er augenblicklich nicht mehr bei sich hätte. Wir sollten am nächsten Vormittag wiederkommen. Diesem Gebeth kamen wir aber nicht nach, weil wir das Geld für Schlafzimmer sparen und sobald als möglich nach Berlin fahren wollten. Wir dankten dem gütigen Dr. G. voller Rührung und liefen dann sporenstreichs in das Restaurant „Zum weißen Hirsch", um uns für alle ausgestandenen Martern durch ein reelles Abendessen zu entschädigen. Nachdem wir das erhaltene Geld redlich in vier gleiche Teile geteilt hatten, machten wir uns, es mochte ¼12 Uhr nachts sein, auf den Weg zum Hauptbahnhof. Gegen ½6 Uhr erst ging unser Zug. So brachten wir denn die zweite Nacht im Wartesaal zu. Wir dankten unserem Schöpfer, als wir endlich im Zug saßen und heimfuhren.

Mit 20 Pfg. hatte ich die Tournee angetreten, mit 1,50 Mark kam ich zurück. Schwerlich werde ich diese acht Tage vergessen. Von der uns zugesagten Gage haben wir bis heute noch nicht einen Pfennig bekommen.

Für unsere Frauen.

Frauen, lest die Parteipresse!

Es ist eine beschämende und betrübende Tatsache, daß noch in Tausenden von Arbeiterfamilien die bürgerliche Klatsch- und Skandalpresse gelesen wird. Geht man der Ursache dieser Erscheinung nach, so stößt man gewöhnlich auf die Entgegnung, daß die „sozialistische Presse zu „hoch" schreibe, darum besonders für die Frauen nicht verständlich sei, weshalb die obenerwähnten Blätter den Vorzug erhalten. Manchmal wird auch noch zur Begründung angeführt, der Abonnementspreis für die Parteipresse sei zu hoch. Der letztere Einwand ist wohl kaum ernst zu nehmen, da der Preisunterschied zwi-